



REGIONALES



KONJUNKTURBAROMETER

*Sonderumfrage Covid-19-Pandemie
Mai 2020*

Ein Kooperationsprojekt von:

 Stadtparkasse
Wuppertal

 Stadt-Sparkasse
Solingen

 Stadtparkasse
Remscheid



BERGISCHE
UNIVERSITÄT
WUPPERTAL



INHALT

VORWORT	3	BERGISCHES STÄDTEDREIECK	
GESAMTWIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG		Das Regionale Konjunkturbarometer	31
Wirtschaftliche Lage und Erwartungen	6	Wirtschaftliche Lage und Erwartungen	34
Gastbeitrag von Prof. Dr. Paul J.J. Welfens	10	Interview mit Dr. Johannes Slawig -	40
<i>Corona-Schocks in konjunktureller Perspektive</i>		Kämmerer der Stadt Wuppertal	
Arbeitsmarkt	15	Arbeitsmarkt	44
Gastbeitrag von Prof. Dr. Rainer Wieland	20	Interview mit Martin Klebe -	51
<i>Homeoffice – ein arbeitspsychologischer</i>		Leiter der Agentur für Arbeit	
<i>Blick über die Coronakrise hinaus</i>		im Bergischen Städtedreieck	
		Impressum	55

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

die Ausbreitung des SARS-CoV-2-Erregers und die damit verbundenen Gegenmaßnahmen haben weltweit zu bisher undenkbaren Einschränkungen im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben geführt. Auch in Deutschland haben Bund und Länder temporäre Kontaktbeschränkungen und Öffnungsverbote erlassen, um eine Überlastung des Gesundheitssystems zu verhindern. Die aktuelle Situation stellt aber nicht nur für das Gesundheitswesen, sondern auch für die Wirtschaft insgesamt, eine immense Herausforderung dar.

Die Höhe des volkswirtschaftlichen Schadens ist derzeit nicht bezifferbar, da bisher nur schwer abzuschätzen ist, wie lange die COVID-19-Pandemie anhalten wird. Dennoch wagen wir mit der aktuellen Ausgabe des Konjunkturberichts den Versuch einer ersten Bestandsaufnahme für die Wirtschaft im Bergischen Städtedreieck. Unseren Umfrageergebnissen zu Folge sind 26,7 % der Unternehmen von den negativen Folgen der COVID-19-Pandemie stark betroffen, weitere 7,6 % sehen sich sogar existenziell bedroht. Erfahren Sie im Kapitel „Bergisches Städtedreieck“ wie sich die aktuelle Krise auf die verschiedenen Branchen auswirkt und welchen besonderen Herausforderungen sie sich stellen müssen.

Die COVID-19 bedingten Umsatzrückgänge und Verdienstaufschläge wirken sich nicht nur negativ auf die finanzielle Situation der betroffenen Unternehmen und ihre Beschäftigten aus, sondern belasten aufgrund von Steuermindeereinnahmen auch die kommunalen Haushalte. Erfahren Sie im Interview mit Dr. Johannes Slawig, Kämmerer der Stadt Wuppertal, wie die Kommunen im Bergischen Städtedreieck ihre Haushaltplanung an die aktuelle Situation angepasst haben.

In den letzten Wochen wurde ein Teil der Maßnahmen durch die Landesregierung aufgehoben und weitere Lockerungen in Aussicht gestellt, was vielen Unternehmen Handlungsspielräume in der aktuellen Krise eröffnet. Dennoch sollte man sich nicht der Illusion hingeben, dass eine schnelle Rückkehr zur Normalität möglich ist. Vielmehr stellen die langfristigen Folgen der Pandemie die entscheidende Herausforderung für Politik, Gesellschaft und Wirtschaft dar. Aufgrund ihrer ausgeprägten Exportorientierung und engen Verflechtung mit dem Europäischen Binnenmarkt, hängt die Erholung der deutschen Volkswirtschaft in besonderem Maße von der wirtschaftlichen Entwicklung der Europäischen Union ab. In seinem Gastbeitrag bewertet Prof. Dr. Paul J.J. Welfens die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf die Weltwirtschaft und den europäischen Binnenmarkt.

Neben einem Rückgang im Wirtschaftswachstum muss auch mit einem Anstieg der Arbeitslosigkeit in Deutschland, NRW und dem Bergischen Städtedreieck gerechnet werden. Zusätzlich zu unserer eigenen Analyse für den deutschen und regionalen Arbeitsmarkt, finden Sie in dieser Ausgabe ein spannendes Interview mit Martin Klebe, dem Vorsitzenden der Geschäftsführung der Agentur für Arbeit Solingen-Wuppertal, zur aktuellen Lage und Entwicklung des Arbeitsmarkts im Bergischen Städtedreieck.

Unsere Umfrageergebnisse dokumentieren einen deutlichen Einbruch der Wirtschaft im Bergischen Städtedreieck. Dennoch gibt es auch Positives zu berichten. So wurden die von der Bundes- und Landesregierung bereitgestellten Hilfsmaßnahmen und deren Organisation von den Unternehmen im Bergischen Städtedreieck mehrheitlich positiv bewertet. Insbesondere das Kurzarbeitergeld hat einen drastischeren Anstieg der Arbeitslosigkeit verhindert. Ein Blick auf die USA zeigt dagegen, welche immensen Auswirkungen die aktuelle Pandemie auf den Arbeitsmarkt hat, wenn entsprechende staatliche Stützungs- und Absicherungsmechanismen fehlen. Positive Effekte sind auch in Hinblick auf eine Beschleunigung der digitalen Transformation zu sehen. Hierzu werden wir in der kommenden Ausgabe unseres Konjunkturberichts ausführlich berichten.

Die Art, wie wir arbeiten, hat sich mit der COVID-19-Pandemie ebenfalls verändert. Viele Unternehmen setzen zurzeit verstärkt auf Homeoffice. Während ein Teil der Unternehmen und Beschäftigten diese Arbeitsweise sehr positiv bewertet, empfindet ein anderer Teil dies eher als Herausforderung oder sogar als Belastung. In seinem Gastbeitrag betrachtet Prof. Dr. Rainer Wieland das Thema Homeoffice aus der Perspektive der psychologischen Arbeitsgestaltung.

Wir hoffen, Ihr Interesse auf die weitere Lektüre geweckt zu haben. Wir bedanken uns bei den zahlreichen Unternehmen, die an der aktuellen Umfrage – trotz der aktuellen Mehrbelastung – teilgenommen haben. Die Sparkassen im Bergischen Städtedreieck und das Team des Regionalen Konjunkturbarometers sind auch in dieser schweren Zeit ein zuverlässiger Partner an Ihrer Seite.

Bleiben Sie gesund.

Gunther Wölfges
Stadtparkasse
Wuppertal

Stefan Grunwald
Stadt-Sparkasse
Solingen

Michael Wellershaus
Stadtparkasse
Remscheid

Prof. Dr. André Betzer **Jun.-Prof. Dr. Markus Doumet**
wissenschaftliche Leiter des Regionalen Konjunkturbarometers

GESAMTWIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG

WIRTSCHAFTLICHE LAGE UND ERWARTUNGEN

Mit der globalen Ausbreitung des SARS-CoV-2 Virus hat sich unsere Lebens- und Arbeitsweise dramatisch verändert. In vielen Ländern der Welt sind zum Teil drastische Maßnahmen ergriffen worden, um die Ausbreitung des Virus zu verlangsamen. Neben Kontakt- und Ausgangssperren, wurden Schließungen von Geschäften, Betrieben sowie öffentlichen Einrichtungen angeordnet. Kontrollen an vormals offenen Grenzen temporär wieder eingeführt und der länderübergreifende Reiseverkehr nahezu auf null begrenzt. Die Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaft sind immens. Auch wenn einzelne Wirtschaftszweige wie Hotel- und Gastronomiebetriebe oder Veranstaltungstechnik und Messebauunternehmen in besonderem Maße betroffen sind, so zeigt sich, dass faktisch alle Wirtschaftsbereiche von der aktuellen Krise getroffen wurden.

Im Mai wurden zwar verschiedene Lockerungen der Corona-Schutzverordnung beschlossen, ein Teil der Maßnahmen wird aber mit hoher Wahrscheinlichkeit bis zur Verfügbarkeit wirksamer Medikamente und Impfstoffe bestehen bleiben. Als exportorientierte und offene Volkswirtschaft sind wir zudem in besonderem Maße von den Auswirkungen der Corona Pandemie auf die Weltwirtschaft betroffen. Während in einzelnen Ländern die Produktion wieder aufgenommen wurde, steht in anderen Ländern der Höhepunkt der Pandemie erst noch bevor. Tatsächlich rechnen die meisten Wirtschaftsforschungsinstitute, dass im laufenden Jahr mit keiner weitgehenden Erholung zu rechnen ist.

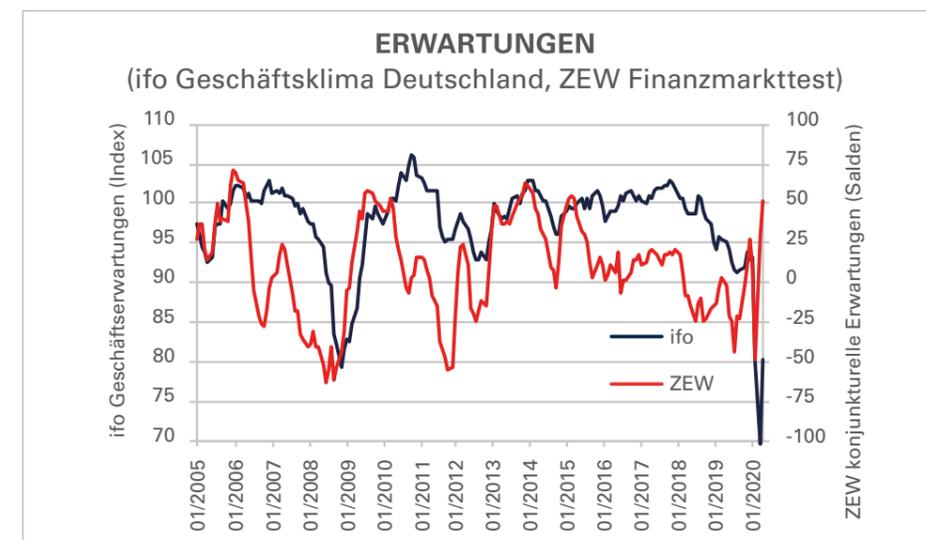
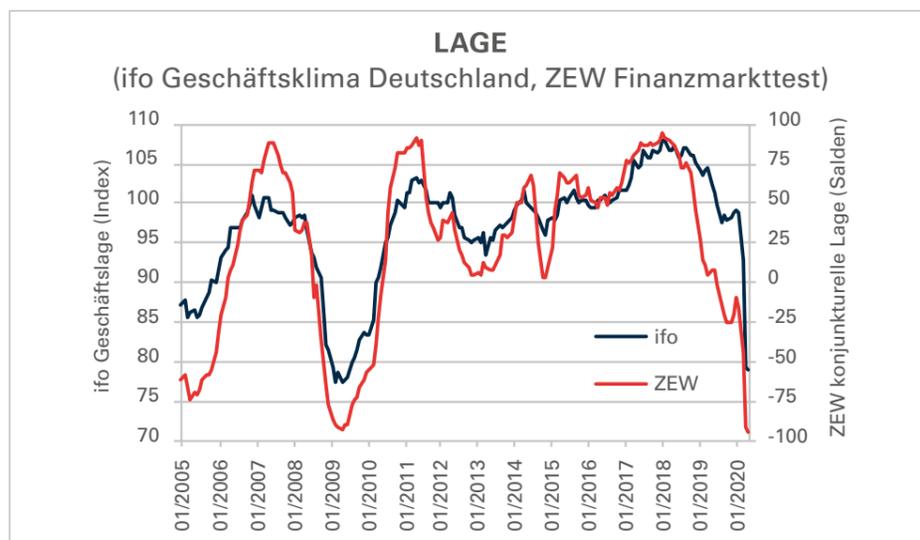
Auch die vom ifo Institut befragten Unternehmen bewerten nicht nur ihre aktuelle Lage, sondern auch die

Erwartungen für die kommenden 6 Monate außergewöhnlich pessimistisch. So verzeichnete das ifo Geschäftsklima im April 2020 den bisher stärksten Rückgang (-13,7 % ggü. März) und lag mit 74,2 Punkten auf dem niedrigsten Wert seit der deutschen Wiedervereinigung. Da das Geschäftsklima bereits im März um 10,4 % gegenüber dem Vormonat gefallen war, kann der Anstieg im Mai auf 79,5 Punkte (+7,1 %) nur bedingt als Erholung gewertet werden. Zudem ist der Anstieg ausschließlich auf verbesserte Geschäftserwartungen zurückzuführen, die Geschäftslage hat sich hingegen geringfügig verschlechtert.

Im Mai fiel der ifo Lageindex um 0,5 Zähler auf einen Wert von 78,9 Punkte. Die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie sind über alle Sektoren sichtbar. Sämtliche Lagesalden sind seit März deutlich gesunken. Abgesehen vom Bauhauptgewerbe liegen alle Salden im negativen Bereich; d.h. der Anteil

der vom ifo Institut befragten Unternehmen, die ihre Geschäftslage als „schlecht“ beurteilen, übersteigt den Anteil positiver Einschätzungen. Am schlechtesten beurteilen die Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes ihre aktuelle Lage. Sowohl unterbrochene Lieferketten und temporäre Aussetzungen der Produktion, als auch eine deutlich geringere Nachfrage haben zu einem Rückgang des Lagesaldos geführt.

Ähnlich schwierig stellt sich die Lage im Handel dar. Abgesehen vom Lebensmitteleinzelhandel, ist hier ein Großteil der Betriebe von den Folgen der temporären Ladenschließungen betroffen. Zwar sind die meisten Läden inzwischen wieder für den Publikumsverkehr geöffnet, allerdings führen die aktuell geltenden Zugangsbegrenzungen sowie eine anhaltende Zurückhaltung der Konsumenten dazu, dass die aktuellen Umsätze weit unter dem Vorkrisenniveau liegen. Insbesondere Anbieter hochpreisiger Konsum- sowie



Investitionsgüter rechnen mit einem anhaltenden Nachfragerückgang.

Anders als noch zum Jahresbeginn liegt auch der Lagesaldo des Dienstleistungssektors im negativen Bereich. Einzig im Bauhauptgewerbe wird die aktuelle Geschäftslage überwiegend positiv bewertet.

Die Geschäftserwartungen haben sich im Mai gegenüber den katastrophalen Werten der beiden Vormonate deutlich verbessert. Noch stärker verbesserten sich die ZEW Konjunkturerwartungen. Im direkten Vergleich sind die vom ZEW befragten Finanzexperten demnach deutlich zuversichtlicher, dass sich die deutsche Wirtschaft in der zweiten Jahreshälfte erholen kann. Die Tatsache, dass die entsprechenden Saldowerte der ifo Geschäftserwartungen noch immer – für alle Sektoren – im negativen Bereich liegen, zeigt hingegen an, dass bei den Unternehmen noch immer der Pessimismus überwiegt.

Nicht nur in den Unternehmen, sondern auch für die privaten Haushalte sind die Stimmungsindikatoren auf einen historischen Tiefstwert gefallen. Der GfK-Konsumklimaindex brach im Mai regelrecht ein (-23,1 Punkte) und liegt derzeit – trotz einer leichten Erholung – mit -18,9 Punkten auf dem zweitniedrigsten Wert, der jemals von der GfK ausgewiesen wurde. Vor allem die hohe Anzahl von Anzeigen auf Kurzarbeit deutet darauf hin, dass viele Haushalte derzeit Einkommenseinbußen hinnehmen müssen. Auch wenn sich das Kurzarbeitergeld, als wirkungsvolles Instrument gegen einen unmittelbaren Anstieg der Arbeitslosigkeit bewährt hat, befürchten zudem viele Arbeitnehmer, dass sie ihren Arbeitsplatz in den kommenden Monaten verlieren könnten. Daneben haben einige Selbstständige, z. B. jene die im Kultursektor tätig sind, noch immer keine Einnahmen. Dementsprechend liegen die Einkommenserwartungen der GfK-Konsumklimastudie im Mai noch immer

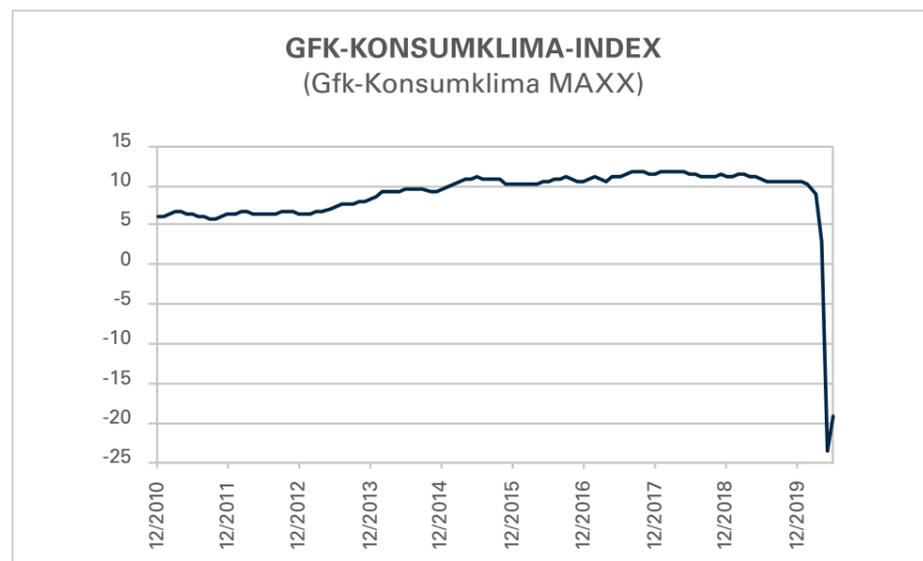
deutlich im negativen Bereich. Damit einhergehend befindet sich auch der Indikator für die Anschaffungsneigung mit 5,5 Punkten auf einem niedrigen Niveau. Gegenüber dem Vormonat konnte der Indikator jedoch den negativen Bereich verlassen. Insgesamt zeichnet sich demnach ab, dass anders als noch zu Jahresbeginn, in den kommenden Monaten, keine positive Nachfragewirkung von den privaten Haushalten ausgehen wird.

Aufgrund des COVID-19 bedingten Nachfrageschocks ist die Inflationsrate im Mai laut dem Statistischen Bundesamt auf 0,6 % gesunken. Sie liegt damit deutlich unter der Zielvorgabe der Europäischen Zentralbank (EZB) von „unter, aber nahe 2,0 %“. Vor allem Kraftstoff- und Heizölpreise verbilligten sich in den vergangenen Monaten. Preise für Lebensmittel, insbesondere Fleischprodukte, legten hingegen deutlich zu.

Insgesamt zeigen die wichtigsten Konjunkturindikatoren an, dass sich die deutsche Wirtschaft in einer sektorübergreifenden Rezession befindet, deren Dauer maßgeblich

vom Virusgeschehen und möglichen Hysterese- und Spillover-Effekten abhängt. Aktuell rechnen die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute für das laufende Jahr mit einem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts zwischen 6,6 % (ifo Institut) und 7,1 % (IfW Kiel). Ein Teil der Ökonomen geht dabei davon aus, dass der Tiefpunkt der Rezession bereits überschritten ist.¹ Dennoch fordert eine weitere Gruppe von Ökonomen² die Auflegung eines breitangelegten Programms zur Förderung öffentlicher und privater Investitionen.

Neben der Debatte um mögliche Programme zur Stimulierung der Wirtschaft erwarten internationale Topökonominnen zudem, dass es ein Umdenken hinsichtlich der Globalisierung geben wird. Die aktuelle Krise hat uns vor Augen geführt, dass die wirtschaftliche Globalisierung die politische Globalisierung bei weitem überholt hat.³ Solange dies der Fall ist, wird sich Deutschland um ein besseres Gleichgewicht zwischen der Nutzung der Vorteile der Globalisierung und einem notwendigen Maß an Eigenständigkeit bemühen müssen.



¹ Konjunkturprognosen: Laut Ökonomen beginnt die Erholung der Wirtschaft“, Handelsblatt, erschienen am 28.05.2020.

² Sebastian Dullien (Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung), Michael Hüther (Institut der deutschen Wirtschaft), Tom Krebs (Universität Mannheim), Barbara Praetorius (Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin), C. Katharina Spieß (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung Berlin): „WEITER DENKEN: EIN NACHHALTIGES INVESTITIONSPROGRAMM ALS TRAGENDE SÄULE EINER GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN STABILISIERUNGSPOLITIK“, abrufbar unter https://www.boeckler.de/pdf/pm_imk_2020_05_07.pdf.

³ Beiträge von Joseph E. Stiglitz und Robert J. Shiller in: „How the Economy Will Look After the Coronavirus Pandemic“, abrufbar unter <https://foreignpolicy.com/2020/04/15/how-the-economy-will-look-after-the-coronavirus-pandemic/>.

GASTBEITRAG

CORONA-SCHOCKS IN KONJUNKTURELLER PERSPEKTIVE – EINE PERSÖNLICHE BEWERTUNG

Prof. Dr. Paul J. J. Welfens

Präsident des EIIW (2020: 25 J. Europäisches Institut für Internationale Wirtschaftsbeziehungen)/Bergische Universität Wuppertal; und Lehrstuhl Makroökonomik sowie Jean Monnet Chair für EU-Integration www.eiiw.eu, welfens@eiiw.uni-wuppertal.de
CoronaKonjunktur2020EIIWwelfens; Welfens geladener Sachverständiger IMF, Dt. Bundestag, Europäisches Parlament, EZB, Interaction Council, US Senat, UN



Der Corona-Doppelschock, der medizinische und ökonomische Herausforderungen für Deutschland, die EU, die USA und die ganze Weltwirtschaft darstellt, hat einen massiven Produktionseinbruch im 1. und 2. Quartal 2020 gebracht. Die Größenordnungen für Deutschland sind erheblich –7 % beim Realeinkommen laut IWF-Frühjahrsprognose für

2020; die USA kommen laut IWF auf –6 %, die Weltwirtschaft insgesamt auf –3 % in 2020, während noch im Herbst der IWF-Prognosewert +3 % betrug. In Deutschland befinden sich große Teile der Industrie sowie der Tourismusbranche im Stillstand. Eine Halbierung des internationalen Tourismus allein, reduziert weltweit das Einkommen um –0.5 % bis –9.5 %: (EIIW

Paper 272). In Deutschland sind rund 10 Millionen Anträge auf Kurzarbeitergeld von den Unternehmen gestellt worden, die Arbeitslosenquote wird in Deutschland und der EU bis 2021 ansteigen. Umfragen bei Unternehmen zeigen, dass die Produktionsprobleme noch bis Jahresende anhalten und erst im Verlauf 2021 eine Normalisierung möglich ist. Allerdings kann man skeptisch sein, da es ernste Probleme in den USA und wohl auch in der Eurozone gibt, die den Aufschwung im Wahljahr 2021 in Deutschland erschweren werden. So erwartet die Bank of England, laut einer aktuellen Prognose, einen Einbruch der Wirtschaft in UK mit einem Einkommensrückgang um 14 % in 2020 (2021: Anstieg um 15 %).

In den USA gibt es nicht nur eine massive Rezession in 2020 – bei stark ansteigender Arbeitslosenquote (Jahresmitte 2020: ca. 16 %, was gegenüber 2019 einen Anstieg um 12 Prozentpunkte darstellt). Vielmehr steigt unter Trump die staatliche Defizitquote von – schon im Konjunkturaufschwung 2018/2019 sonderbar hohen –4 % auf etwa 17 % in 2020, was auf einen Anstieg der Schuldenquote bis 2025 auf fast 150 % hinausläuft. Dies stellt einen enormen Anstieg gegenüber 100 % in 2019 dar. Um mehr als 3 Prozentpunkte pro Jahr lässt sich die Defizitquote kaum senken; damit dürften die USA die Top-Ratingnote für US-Staatsanleihen AAA (AA bei Standard & Poor's, wo AAA schon im Anschluss an die Bankenkrise 2008/09 fiel) verlieren. Nach über 50 Jahren wackelt

die US-Top-Bonität und höhere reale Zinssätze dürften daher das Land längerfristig prägen; also auch höhere Kapitalkosten. Die Selbstwahrnehmung der US-Öffentlichkeit unter der Trump-Administration ist im Jahr 2020 wegen der enormen Herausforderungen der COVID-19-Pandemie wenig optimistisch; die Zahl der Personen, die an einer Infektion mit dem SARS-CoV-2 Virus gestorben sind, lag bereits im April über der Zahl der US-Gefallenen in zehn Jahren Vietnam-Krieg und könnte wohl bis Jahresende 100.000 erreichen. Die Corona-Weltrezession 2020 ist die erste internationale Wirtschaftskrise nach 1945, in der die USA nicht als Führungsmacht auftreten. Vermutlich will Präsident Trump, der gegen Multilateralismus ist, auch gar keine Führungsrolle wahrnehmen. Allerdings kann er dies ohnehin nicht, denn seine Polarisierungspolitik, die die Bevölkerung der USA immer tiefer spaltet, lässt die notwendige innere Geschlossenheit nicht erkennen, die Basis internationaler politischer Führung ist. Außerdem fehlen in der Trump-Administration etwa 1.000 Experten, da Trump nur etwa drei Viertel der Obama-Experten (political appointees) ersetzen konnte. Allein im US-Finanzministerium fehlen wohl über 100 Wirtschaftsexperten, ohne die der IWF nicht einmal weiß, mit wem im Ministerium denn eine internationale Kooperation in der Stabilitäts- und Finanzpolitik entwickelt werden könnte. Das verschlechtert die Aufschwungsdynamik für 2021 und verstärkt die globale Rezession 2020.

In der EU bzw. der Eurozone sieht die Lage ökonomisch ebenfalls kritisch aus, zumal eine Eurokrise 2 in 2020 droht, die für die deutsche Konjunktur ein erhebliches Risiko darstellt. Denn die staatliche Schuldenquote von Italien, die 2019 bei 135 % lag, wird auf etwa 155 % bis Jahresende ansteigen – somit droht der Zugang zu den internationalen Kapitalmärkten verloren zu gehen. Gegen diese für die Eurozone bedrohliche Lageentwicklung hat man von Seiten der EU-Länder kaum etwas entgegengesetzt. Das beschlossene 540 Mrd. € Kreditpaket ist zum Teil eine Mogelpackung, da die dort enthaltenen 200 Mrd. € der Europäischen Investitionsbank in Wahrheit nur für etwa 50 Milliarden stehen. Die EIB stellt selbst nur 25 Mrd. € bereit, wodurch 175 Milliarden an Krediten von privaten Banken mobilisiert werden sollen. Diese Banken hätten solche Mittelstandskredite aber ohnehin – sicher etwas geringer im Volumen und beim Zins etwas weniger günstig – vergeben, so dass die EIB wohl nur für eine Netto-Kreditmobilisierung von 50 Mrd. € steht. Alle EU-Länder können beim EU-Rettungsfonds ESM, noch in Sachen COVID-19 bedingte Gesundheitsausgaben, Kredite in Höhe von bis zu 2% des Bruttoinlandsproduktes aufnehmen, was etwa 220 Mrd. € entspricht, von denen 39 Mrd. € auf Italien entfallen. Der ESM hat dann noch einen maximalen Restbetrag von 220 Mrd. € verfügbar. Das wäre unzureichend, um den Fall abzufedern, dass Italien den Zugang zum Kreditmarkt verliert, da Italien pro Jahr etwa 350 Mrd. € an Schuldenrefinan-

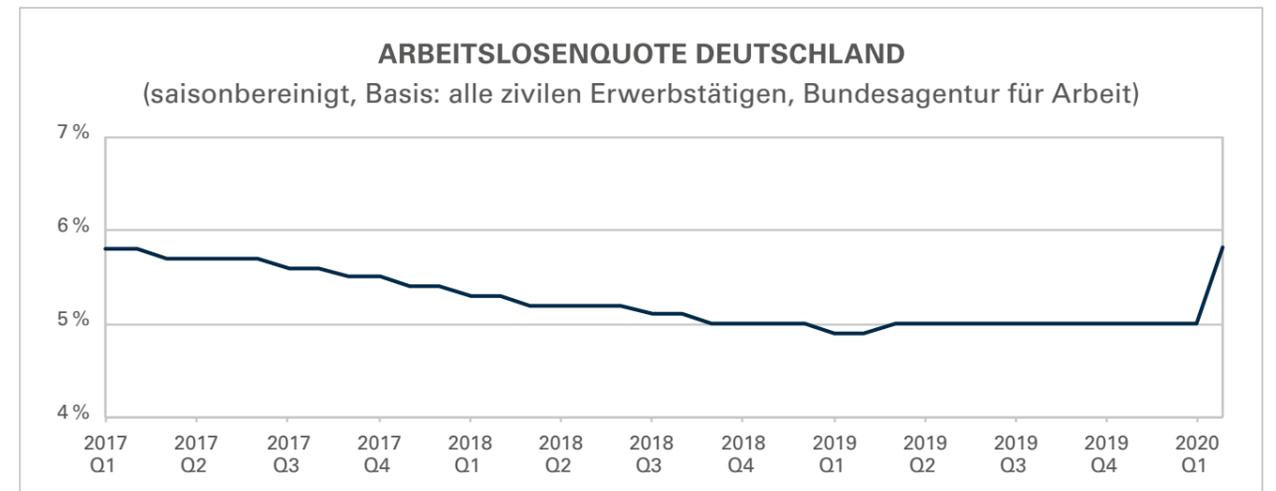
zierung und für 2020 rund 80 Mrd. € an neuem Defizit hat. Im Fall einer Eurokrise 2 hätte man in Deutschland mindestens 2 Prozent weiteren Einkommensrückgang und im Übrigen könnte in Italien ein Italexit-Referendum angeschoben werden. Da droht der EU in 2020/2021 der Anfang vom Ende, nachdem ja schon Ende Januar 2020 der BREXIT politisch implementiert wurde; dabei hat Deutschland in der zweiten Jahreshälfte 2020 die EU-Ratspräsidentschaft.

Die Autoindustrie, inklusive Zulieferer, sowie Teile des Maschinenbaus und Chemie, als deutsche Hauptexportindustrien, wären bei einer Eurokrise 2, die den EU-Ländern ca. 1.000 Mrd. € an Einkommensverlust in vier Jahren bescheren würde, den USA rund 200 Mrd. \$, in einer gefährlich verschärften Krise. Hier drohen ohnehin viele Arbeitsplätze verloren zu gehen sowie zahlreiche Unternehmensinsolvenzen. Eine Eurokrise 2 gilt es unbedingt zu vermeiden, aber das wäre nur durch Schaffung von teilbesicherten Joint Eurobonds (JEBs), die die Länder der Eurozone mittels einer JEB-Agentur – außerhalb der EU gründen – realisierbar. Eine Besicherung zu 55 % sollte dabei durch Gold- und Devisenreserven erfolgen, wobei Italien und Spanien auch mehr als den normalen Anteil am JEB-Mittelaufkommen erhalten könnten; allerdings nur, wenn beide Länder auch zusichern, über zweckgebundene geringe Vermögenssteuern eine zusätzliche Besicherung der anteiligen Kreditaufnahme der Regierungen Spaniens und Italiens zu leisten,

wobei Italien zusätzlich ein Wachstumsprogramm vorzulegen hätte. Mit JEBs und dem Grundsatz, dass die EZB bis zu 40 % der JEBs ankaufen kann, hätte man eine funktionsfähige Stabilitätspolitik, die die Eurozone auf eine Ebene mit UK und den USA bringt, wo ein expansiver Geld- und Fiskalpolitikmix zu einer Niedrigzinsverankerung beiträgt. Deutschland und Frankreich könnten einen Teil ihrer anteiligen JEB-Kreditaufnahme an Italien und Spanien abtreten, die zudem vom Mini-Zins Deutschlands gut profitieren könnten. EU-Solidarität und Stabilisierung gingen so konzeptionell als Paket zusammen (siehe *EIIV-Corona-Forschung* https://eiiw.wiwi.uni-wuppertal.de/fileadmin/eiiw/Daten/Publikationen/Gelbe_Reihe/CoronavirusPandemic-WorldRecessionApril2020.pdf). Zudem sollten die Neu-Grenzkontrollen zügig in der EU entfallen.

Wenn Deutschland die Probleme nicht vor dem Sommer 2020 löst, kommt wohl die Eurokrise 2 unvermeidlich, mit massiven Negativeffekten gerade für die exportorientierten Branchen in NRW, Baden-Württemberg, Bayern. Die Inflationsrate wird trotz expansiver Geldpolitik wegen sinkender Ölpreise und massiver Rezession nahe Null in der Eurozone sein, die Erzeugerpreise dürften um bis zu 3 % in 2020 sinken. Es ist erstaunlich, dass die Interessenverbände der Wirtschaft und die Gewerkschaften nicht gegen die Eurokrise 2 in Deutschland und anderen Ländern der Eurozone mobilisieren. Überschaubare Haftungsrisiken bei JEBs sind den zu erwarteten Realeinkommensgewinnen beim Vermeiden einer Eurokrise 2 entgegenzustellen. Somit bleibt die Frage: Was macht Berlin?

ARBEITSMARKT

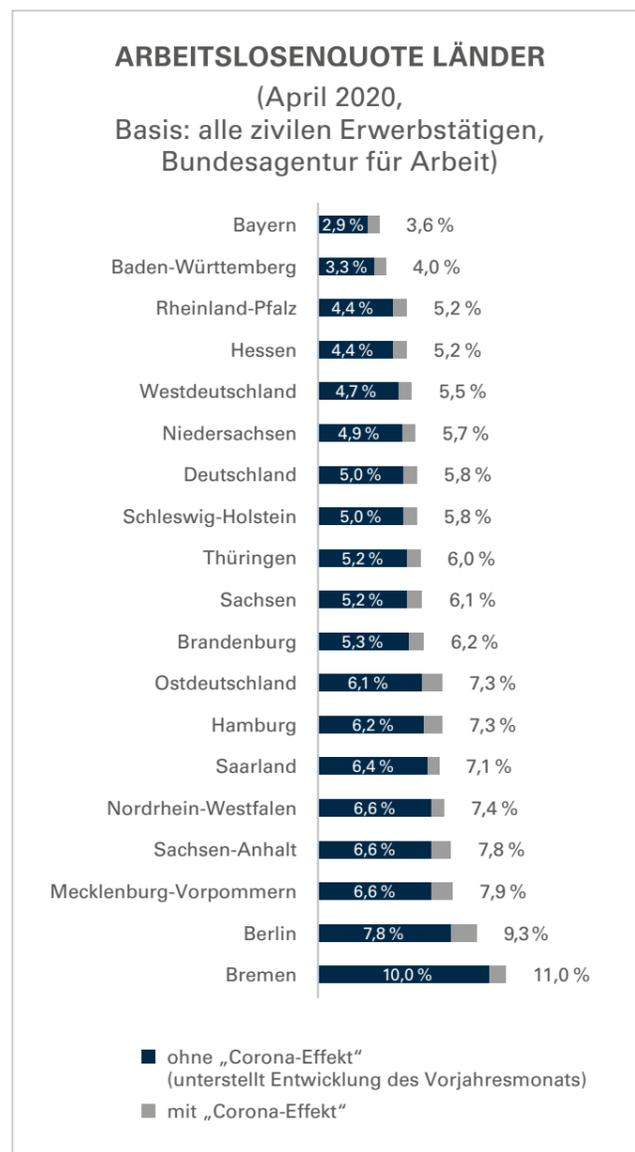


Trotz einer einsetzenden konjunkturellen Eintrübung, zeigte sich der Arbeitsmarkt zum Jahresende 2019 insgesamt in guter Verfassung. Sowohl die historisch niedrige Arbeitslosenquote, als auch eine hohe Einstellungsbereitschaft der Unternehmen stützten die Binnennachfrage. Seit Mitte März ist der Arbeitsmarkt jedoch, aufgrund der Auswirkungen der COVID-19-Pandemie, zunehmend unter Druck geraten. Die Erwerbstätigkeit ist seitdem deutlich gesunken, Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung nahmen hingegen spürbar zu. Zudem ist die Anzahl der Stellenangebote und nachgefragten Arbeitskräfte in den beiden vorangegangenen Monaten kontinuierlich gesunken. Ein noch stärkerer Einbruch – wie beispielweise in den USA – konnte durch arbeitsmarktpolitische Instrumente, insbesondere dem Kurzarbeitergeld, jedoch verhindert werden.

Nach vorläufiger Hochrechnung der Bundesagentur für Arbeit beläuft

sich die Zahl der erwerbsfähigen Personen ohne Arbeit im April auf insgesamt 2.643.744. Entgegen dem für die Jahreszeit eigentlich üblichen Trend steigt die Zahl der Arbeitslosen damit um 414.868 (+18,6%), im Vergleich zum Vorjahresmonat, drastisch an. Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote liegt mit 5,5% weit über dem Vorjahreswert (+0,9%). Dass die Quote im März 2020 noch bei 4,7% lag, verdeutlicht die Vehemenz, mit der die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf den Arbeitsmarkt durchschlagen.

Die Bundesagentur für Arbeit weist in ihren neusten Veröffentlichungen die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie daher gesondert aus. Sie schätzt den „Corona-Effekt“ als Differenz zwischen der monatlichen Veränderungsrate im aktuellen Monat und der Entwicklung im Vorjahresmonat. Bei einer Betrachtung des dementsprechend geschätzten Corona-Effekts, auf Ebene der Bundesländer, sind regionale Unterschiede zu



rhein-Westfalen (0,8 Prozentpunkte) liegt dabei im Durchschnitt der westdeutschen Bundesländer. Dennoch belegt es mit einer Arbeitslosenquote von 7,4 % weiterhin einen Platz im letzten Drittel des Ländervergleichs. Dies lässt sich vor allem auf bevölkerungsreiche und stark vom Strukturwandel betroffene Regionen, wie dem Ruhrgebiet, zurückführen. Die süddeutschen Bundesländer Bayern (3,6 %) und Baden-Württemberg (4,0 %) führen den Ländervergleich weiterhin an. Die Stadtstaaten Berlin (9,3 %) und Bremen (11,0 %) weisen unverändert die höchsten Arbeitslosenquoten auf.

Die Maßnahmen zur Eindämmung der Ausbreitung der COVID-19-Pandemie führten zu deutlichen Eingriffen in den Geschäftsbetrieb vieler Unternehmen. Einige Branchen sind dabei besonders stark betroffen. Die Bundesagentur für Arbeit weist u. a. die Zu- und Abgänge in die oder aus der Arbeitslosigkeit aus. Einer der wesentlichen Gründe für den Anstieg der Arbeitslosigkeit waren insbesondere die Zugänge aus vorheriger Erwerbstätigkeit.

erkennen. Während er in den westdeutschen Bundesländern im Durchschnitt bei 0,8 Prozentpunkten liegt, wird er für die ostdeutschen Bundesländer auf 1,1 Prozentpunkte geschätzt.

Im Ländervergleich schwankt der Corona-Effekt zwischen 0,6 Prozentpunkten (Baden-Württemberg) und 1,5 Prozentpunkten (Berlin). Nord-

Insgesamt meldeten sich im April 2020 etwa 56 % mehr Personen (+106.000) arbeitslos als im gleichen Monat des Vorjahres. Insbesondere im Gastgewerbe (+208 %), im Handel (+53 %), aus dem Bereich der sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen (+54 %) und aus der Arbeitnehmerüberlassung (+30 %) fiel der Zugang drastisch höher aus als im Vorjahresmonat.

Gleichzeitig verzeichnete die Bundesagentur für Arbeit im April einen Rückgang an offenen Stellen in Höhe von 169.134 gegenüber dem Vorjahresmonat. Dies führt zu einem Bestand von 626.417 freien Stellen. Die Entwicklung der Stellenzugänge wies bereits zum Jahresende 2019 einen rückläufigen Trend auf und deutete auf eine geringere Einstellungsbereitschaft der Unternehmen hin. Mit der Ausbreitung des Virus SARS-CoV-2 in Deutschland und den darauffolgenden Eindämmungsmaßnahmen im März und April 2020 verschärfte sich jedoch diese Dynamik stark. Die Bundesagentur registrierte in diesem Zeitraum deutlich mehr Stornierungen laufender Stellenangebote und gleichzeitig weniger Meldungen, dass ausgeschriebene Stellen besetzt wurden.

Ein wichtiges Instrument zur Dämpfung der Folgen der COVID-19-Pandemie auf den deutschen Arbeitsmarkt ist das Kurzarbeitergeld. In Zeiten vorübergehend schwieriger Wirtschaftsbedingungen sieht der Gesetzgeber die Zahlung entsprechender Geldleistungen vor. Dabei gleicht die öffentliche Hand Entgeltdifferenzen aus, die durch den Ausfall von Arbeit entstehen. Dies ermöglicht es Betrieben, Beschäftigungsverhältnisse aufrecht zu erhalten und so einen Anstieg von Arbeitslosigkeit zu verhindern.

Die Grundlage für die Inanspruchnahme von Kurzarbeitergeld und dessen grundsätzliche Voraussetzungen sind in § 95 SGB III geregelt. Hierzu gehören neben der Erfüllung bestimmter

betrieblicher und persönlicher Voraussetzungen, ein vorübergehender, erheblicher Arbeits- und Entgeltausfall. Dieser kann sowohl durch die wirtschaftlichen Umstände als auch in Folge eines unabwendbaren Ereignisses entstehen.

Rückwirkend ab März, befristet für 2020, sieht der Gesetzgeber Lockerungen der Voraussetzungen und damit eine Erleichterung für den Zugang zum Kurzarbeitergeld vor.⁴ Die Inanspruchnahme von Kurzarbeitergeld dürfte dadurch noch einmal deutlich steigen, die negativen Folgen, etwa der Anstieg von Arbeitslosigkeit, dadurch jedoch schwächer ausfallen.

Vor der Inanspruchnahme von Kurzarbeitergeld, müssen Betriebe den zuständigen Arbeitsagenturen die voraussichtlichen Arbeitszeitausfälle anzeigen. Damit kann die Anzahl der Anzeigen von Kurzarbeit als Obergrenze und damit als Frühindikator der künftigen Entwicklung von tatsächlicher Kurzarbeit interpretiert werden.

In den Monaten März und April 2020 wurde den Arbeitsagenturen für insgesamt 10,14 Millionen Personen Kurzarbeit angezeigt.⁵ Dies entspricht etwa einem Drittel aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Deutschland. Der Großteil der Anzeigen (7.502.000) erfolgte im April 2020. Zum Vergleich befanden sich zum Höhepunkt der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise lediglich rund 1,4 Mio. Personen in konjunktureller Kurzarbeit.

⁴ Nähere Informationen fasst die Bundesagentur für Arbeit auf ihrem Internetauftritt zusammen: www.arbeitsagentur.de/news/corona-virus-informationen-fuer-unternehmen-zum-kurzarbeitergeld
⁵ Stand: 26.04.2020

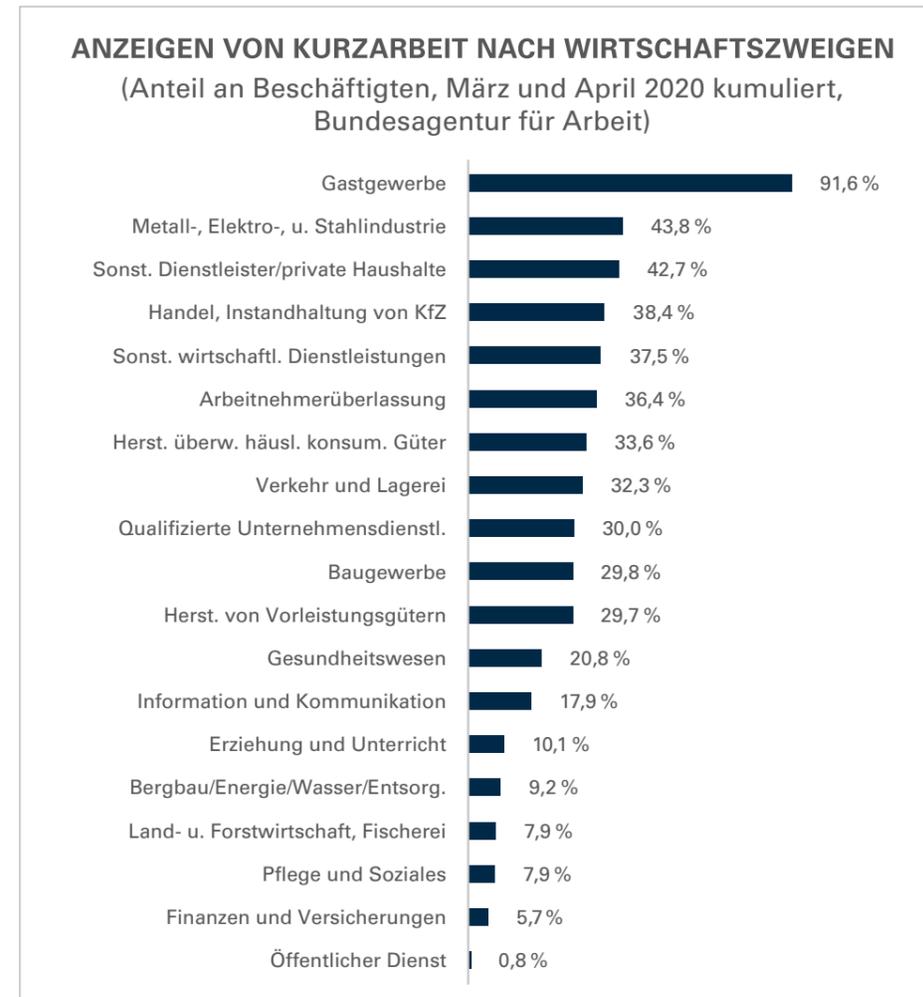
Betrachtet man die Anzeigen auf Kurzarbeit, getrennt nach Wirtschaftszweigen, lässt sich auch hier erkennen, dass einige Branchen besonders großen Herausforderungen gegenüberstehen. Dabei sind insbesondere Branchen betroffen, deren Geschäftsbetrieb durch die Beschränkungen des öffentlichen Lebens und des weltweiten Handels sowie der mittelfristig zu erwartenden Konsumeinschränkungen erheblich beeinflusst wird. Auch in den vor- und nachgelagerten Wirtschaftsbereichen sind deshalb drastische Folgeeffekte zu erwarten. Am stärksten von Kurzarbeit betroffen sind die Beschäftigten im Gastgewerbe. Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit wurde für rund 91,6 % der beschäftigten Personen konjunkturelle Kurzarbeit angezeigt.

Es ist zu erwarten, dass sich der negative Trend am deutschen Arbeitsmarkt in den kommenden Monaten fortsetzt. Die bedeutendsten Frühindikatoren deuten darauf hin, dass die Arbeitslosigkeit weiter steigen und die Einstellungsbereitschaft über nahezu alle Branchen hinweg weiter sinken wird.

Das IAB-Arbeitsmarktbarometer des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung lag im April mit einem Wert von 93,5 auf dem niedrigsten Wert seit seiner Entstehung (Skala des Barometers: 90 = sehr schlechte Entwicklung; 110 = sehr gute Entwicklung; 100 = neutrale/gleichbleibende Entwicklung). Dabei fiel das Barometer im Vergleich zum Vormonat um 6,8 Punkte.

Das Barometer besteht aus zwei Teilkomponenten, welche die Entwicklung der Arbeitslosigkeit und der Beschäftigungszahlen für die kommenden drei Monate prognostizieren. In der Vergangenheit war die positive Entwicklung des Barometers vor allem durch einen stabilen Beschäftigungsaufbau getrieben. Im April zeigt die Beschäftigungskomponente, erstmals seit Ausweisung, einen negativen Wert an (94,5). Es ist somit von einem erheblichen Beschäftigungsrückgang auszugehen. Die Arbeitslosigkeitskomponente zeigte bereits seit Anfang des vergangenen Jahres einen leichten Anstieg der Arbeitslosigkeit an. Auch hier sank der ohnehin bereits niedrige Wert deutlich und liegt nun bei 92,4.

Das Beschäftigungsbarometer des ifo Instituts sank im April ebenfalls auf einen historischen Tiefstand. Das Barometer, welches die Einstellungsbereitschaft verschiedener Wirtschaftssektoren erfasst, zeigt einen flächendeckenden Beschäftigungsabbau an. Im Verarbeitenden Gewerbe (-28,6) lag der Saldowert bereits seit einigen Monaten im deutlich negativen Bereich. Im Vergleich zu den weiteren Wirtschaftssektoren deutet der Wert deshalb auf eine Verschärfung des anhaltenden Beschäftigungsabbaus hin. Ähnliche Entwicklungen lässt das Barometer auch für Unternehmen im Handel erwarten (-25,6). Die einzige Ausnahme stellt laut ifo Institut der Lebensmitteleinzelhandel dar, der während der vergangenen Wochen nur bedingt durch Maßnahmen zur Bekämpfung der



COVID-19-Pandemie beeinträchtigt war. Im Dienstleistungssektor (-19,4) ist der Saldowert auf einen neuen Tiefstwert gefallen. Zuletzt zeigte der Saldowert für diesen Sektor im Nachgang der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise bis Anfang 2010 einen Beschäftigungsabbau an. Auch im Bauhauptgewerbe (-7,9) zeigt es nun, erstmals seit Jahren, einen drohenden Beschäftigungsabbau an.

Die Veränderungen am bundesweiten Arbeitsmarkt im März und April dieses Jahres sind von einer beispiel-

losen Dynamik geprägt. Die Zahlen verdeutlichen, welche dramatischen Auswirkungen die COVID-19-Pandemie für Unternehmen und Beschäftigte haben.

Inwieweit etwaige Folgeeffekte die angespannte Situation in den kommenden Monaten weiter verschärfen oder ob eine schrittweise Rückkehr zu einer besseren unternehmerischen Planbarkeit diese Entwicklungen zukünftig dämpfen werden, ist zum jetzigen Zeitpunkt nur schwer absehbar.

GASTBEITRAG

HOMEOFFICE – EIN ARBEITSPSYCHOLOGISCHER BLICK ÜBER DIE CORONAKRISE HINAUS*

Prof. Dr. Rainer Wieland

Prof. Dr. Rainer Wieland war bis Oktober 2017 Inhaber des Lehrstuhls für Arbeits- und Organisationspsychologie der Fakultät Wirtschaftswissenschaften der Bergischen Universität Wuppertal. Er ist Leiter des Weiterbildungsstudiengangs im Fernstudium der Bergischen Universität Wuppertal „Arbeits- und Organisationspsychologie“ | Gründungs- und Vorstandsmitglied des Fachverbandes Psychologie der Arbeitssicherheit und Gesundheit PASiG e.V. | Gründungs- und Vorstandsmitglied des Wuppertaler Instituts für Unternehmensforschung und Organisationspsychologie (WIFOP) der Bergischen Universität Wuppertal.



Zusammenfassung

Homeoffice wird in der Coronakrise zu einer Option, die vermehrt genutzt wird. Die Entscheidungsträger in vielen Unternehmen verlagern, wann immer möglich, die Arbeitstätigkeit ihrer Beschäftigten ins Homeoffice. Die Arbeitsform Homeoffice wird dabei sehr unterschiedlich aufgenommen: die einen sind sehr zufrieden damit und genießen die neuen Gestaltungsspielräume, die sich zu Hause eröffnen, die anderen haben eher Schwierigkeiten, die Bewältigung der Arbeitsaufgaben und die Anforderungen, die durch die Familie gestellt werden, zu vereinbaren. Belastbare wissenschaftliche Erkenntnisse dazu, welche ökonomischen und psychoso-

zialen Auswirkungen die neuen Anforderungs- und Belastungsstrukturen durch das vermehrte Arbeiten im Homeoffice haben, liegen bisher noch nicht vor. Es ist allerdings zu beobachten, dass das Thema Homeoffice durch die Coronakrise neue Impulse bekommen hat. Zum einen wird die Option Homeoffice jetzt in vielen Unternehmen verstärkt diskutiert, zum anderen werden vermehrt Studien zu diesem Thema durchgeführt. Dieser Beitrag nimmt die Coronakrise zum Anlass, das Thema Homeoffice auch aus der Perspektive psychologischer Arbeitsgestaltung zu betrachten. Ein Ergebnis dieser Betrachtungen ist: die Art der Gestaltung der Arbeit,

sowie Führung und Zusammenarbeit im Betrieb ist ein wesentlicher Faktor dafür, ob die Arbeit auch im Homeoffice gelingt. Darüber hinaus sind die Qualifikation der Beschäftigten, ihre Selbstregulationsfähigkeiten sowie die Arbeitsbedingungen zu Hause wichtige Determinanten erfolgrei-

cher Homeofficearbeit. Am Ende des Beitrags findet sich eine arbeitspsychologisch fundierte Checkliste dafür, unter welchen Bedingungen Homeoffice sowohl für das Unternehmen als auch die Beschäftigten nachhaltig erfolgversprechend ist.

Wie verbreitet ist die Arbeit im Homeoffice?

Nach Berechnungen des DIW (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung) auf der Grundlage des sozioökonomischen Panels (v 31) ist – aus unterschiedlichen Gründen – bei 58 % der Beschäftigten Homeoffice nicht möglich; bei 42 % wäre Heimarbeit durchaus denkbar bzw. möglich. Aber es sind nur 12 % der Beschäftigten, die auch Homeoffice machen. Die Ursachen dafür scheinen weniger an der Bereitschaft der Beschäftigten zu liegen, denn immerhin würden 66 % die Möglichkeit zur Arbeit zu Hause nutzen. Diese Haltung ist dabei relativ unabhängig vom Wirtschaftszweig, der Unternehmensgröße und den Qualifikationsanforderungen des Arbeitsplatzes. Auch West- und Ostdeutschland unterscheiden sich hier nicht. Welche Bedeutung die Qualitätsanforderungen des Arbeitsplatzes jedoch faktisch haben, zeigt die Mannheimer Corona-Studie⁶ im Zeitraum vom 20. März bis 15. April 2020: vor allem Personen mit hoher Schulbildung können in vollem Umfang von zu Hause arbeiten. Die Mehrheit von Personen

mit niedriger und mittlerer Schulbildung arbeitet weiterhin vor Ort. Ein ähnliches Bild ergibt sich bei Betrachtung des Einkommens: 40 % der oberen Einkommensgruppe arbeiten im Homeoffice. Dahingegen arbeiten höchstens 19 % der mittleren und unteren Einkommensgruppe im Homeoffice. Insbesondere in der Landwirtschaft, dem Gesundheitswesen, dem Verkehr, der Logistik und dem Baugewerbe stellt Homeoffice keine Ausweichmöglichkeit dar. Homeoffice ist besonders bei Erwerbstätigen in den Bereichen der Energieversorgung, IT und Kommunikation sowie Erziehung und Unterricht verbreitet (bis zu 59 %; Möhring et al., 2020). Führungskräfte arbeiten schon seit Jahren deutlich häufiger (ab und zu) von zuhause als Beschäftigte ohne Führungsverantwortung: in der Produktion sind es 23 % vs. 5 %; in Service, Verwaltung und Dienstleistungen 43 % vs. 23 % und im Vertrieb und Marketing 59 % vs. 36 % der Führungskräfte bzw. keine Führungskräfte (Grunau, Ruf, Steffes & Wolter, 2019).

⁶ <https://www.uni-mannheim.de/gip/corona-studie>. Die Mannheimer Corona-Studie wurde am Freitag, dem 20. März, gestartet. Die Studie wird täglich erhoben und berichtet über das Leben in Deutschland in der Coronakrise. Dabei untersuchen wir sowohl sozial-wirtschaftliche Aspekte (z. B. Kinderbetreuung, Arbeitssituationen und verfügbares Einkommen), als auch den Einfluss politischer Maßnahmen auf soziale Interaktionen, Ängste sowie die gesellschaftliche Akzeptanz der Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie. An der Studie nehmen täglich zwischen 99 und 567 (im Durchschnitt 484) Befragte teil.

* Ich danke Alice Nöh für hilfreiche Kommentare und Ergänzungen, Sara Groenewald für die Recherche zur aktuellen Forschung zum Thema Homeoffice

Eine andere Studie mit Personen, die Bürotätigkeiten nachgehen (Wolter, 2020⁷), mit einem ähnlichen Zeitraum (13. bis 17. April 2020), zeigte, dass 78 % es unterstützen würden, wenn ihr Arbeitgeber ihnen verordnet, angesichts der Coronavirus-Epidemie von zu Hause aus zu arbeiten. 14 % gaben an, ihren Job nicht von zu Hause aus erledigen zu können, 43 % gehen davon aus, dass ihre Produktivität im Homeoffice vergleichbar mit der im Firmenbüro sein würde,

Welche Auswirkungen auf die Beschäftigten werden vermutet?

Wohlbefinden und Zufriedenheit.

Einige Studien finden eine höhere Zufriedenheit bei der Arbeit im Homeoffice gegenüber der Zeit im Büro. Jedoch variieren in diesen Studien die Zeiträume, in denen zu Hause und im Unternehmen gearbeitet wird, sehr stark: von 4,5 Stunden die Woche bis zu drei Tagen die Woche. Insbesondere wird in den Studien deutlich: Wohlbefinden, Gesundheit, Zufriedenheit mit der *Work Life Balance* oder Arbeitsproduktivität sind von einer Vielzahl Faktoren abhängig, die zuverlässige Schlussfolgerungen kaum zulassen (s. z. B.: Sardeshmukh, Sharma & Golden, 2012; BAuA, 2019; Anderson, Kaplan & Vega, 2014). Je nach Konstellation der Bedingungen finden sich andere Ergebnisse. Ökonomisch und human relevante Wirkungsgrößen variieren z. B. in Abhängigkeit von Persönlichkeitsmerkmalen (Stressbewältigungsstile, Resilienz etc.), Familienstand (ledig, verheiratet, Anzahl der Kinder) sowie von

und 25 % vermuten, dass sie im Homeoffice weniger produktiv sind. Dabei rechnen vorwiegend jüngere Arbeitnehmer mit Produktivitätseinbußen. Die Arbeitnehmer befürchten Ablenkung von der Arbeit durch Familie, Kinder, Hausarbeit, Kochen und Social Media. Ein großer Teil der Beschäftigten ist langfristigen Homeoffice-Regelungen gegenüber positiv eingestellt; dies berichten zumindest 61 % der Befragten dieser Studie.

der Art der Tätigkeit (Selbstständigkeit, Komplexität der Aufgaben etc.) oder der Führungsverantwortung (vgl. Brenke, 2016). Ebenso zeigen Untersuchungen zur Teleheimarbeit, dass die Art der Tätigkeit (komplex vs. einfach, viel vs. wenig Handlungsspielraum bei der Aufgabenbearbeitung) deutliche Auswirkungen auf die psychische Befindlichkeit hat: je größer der inhaltliche und zeitliche Handlungsspielraum ist, desto höher ausgeprägt sind das Wohlbefinden und die Gesundheit der im Homeoffice Arbeitenden (Wieland, 1999).

Erschöpfung und Engagement

Die Studie von Sardeshmukh et al. (2012) untersucht den Einfluss von Telearbeit bzw. Homeoffice auf Erschöpfung und Engagement am Arbeitsplatz und ob dieser Einfluss auf Veränderungen der Arbeitsanforderungen und der Arbeitsressourcen zurückzuführen ist. Die Ergebnisse zeigen, dass der Einfluss der Telear-



beit auf das Engagement und die Erschöpfung am Arbeitsplatz teilweise durch die Arbeitsanforderungen (Zeitdruck, Rollenmehrdeutigkeit und Rollenkonflikte) und die Arbeitsressourcen (Arbeitsautonomie, Feedback und Arbeitsunterstützung) vermittelt wird. Die Autoren stellten fest, dass Telearbeit die Wahrscheinlichkeit erhöht, weniger Feedback zu bekommen. Bei wenig Feedback neigen Personen dazu, mehr Informationen zu wichtigen Aufgaben etc. zu suchen. Diese erhöhten Anstrengungen erfordern Energie und können zu einer höheren Erschöpfung führen. Darüber hinaus sind Personen bei geringerem Feedback und eingeschränktem Informationsangebot dazu geneigt, sich weniger für ihre Arbeit zu engagieren. Somit kann ein negativer Effekt der Telearbeit entstehen, wenn eine geringere Unterstützung und weniger Rückmeldungen vorhanden sind.

Autonomieerleben und Flexibilität.

Deutlich positive Effekte finden sich für das Arbeiten von zu Hause für das Autonomieempfinden von Beschäf-

tigten. Durch das erhöhte Autonomieempfinden steigert Homeoffice sowohl die Arbeits- und Lebenszufriedenheit als auch die Leistung von Beschäftigten und verringert ihren Rollenstress und ihre Fluktuationsneigung. Die erhöhte Autonomie bzw. der erweiterte Tätigkeitsspielraum verringert auch das Risiko von Work-Family-Konflikten; die Familienregulation gelingt besser. Arbeit im Homeoffice scheint neben einer hohen Flexibilität jedoch auch eine Reihe von Nachteilen zu bergen: Nach einer aktuellen AOK-Befragung (Fehlzeitenreport, 2019), in der 2.000 Beschäftigte zwischen 16 und 65 Jahren befragt wurden, fühlten sich 73,4 % derjenigen, die häufig im Homeoffice arbeiten, in den vergangenen zwölf Monaten erschöpft. Bei denjenigen, die ausschließlich im Büro tätig sind, waren es 66 %. Im Homeoffice Beschäftigte klagten zudem über mehr Wut und Verärgerung (69,8 % gegenüber 58,6 %), bei Nervosität und Reizbarkeit waren es 67,5 % im Vergleich zu 52,7 %. Bezüglich der Vereinbarkeit von Arbeit und Freizeit gaben für den Zeitraum der zurückliegenden

⁷ Befragt wurden 1.003 Angestellte in Deutschland, die einer Bürotätigkeit nachgehen.

vier Wochen 18,8 % der Homeoffice-Arbeitenden an, dass sie damit Probleme gehabt hätten, aber nur 8,8 % derjenigen, die nur im Betrieb arbeiten. Dabei scheint die Abgrenzung von Arbeit und Privatleben bei Homeoffice schwieriger zu sein, da 38,3 % gegenüber 24,9 % angaben, sich nach Feierabend schlechter von der Arbeit distanzieren zu können.

Nach Golden (2012) hängen arbeitsbedingte Erschöpfung und das Auftreten von Work-Family-Konflikten mit dem Ausmaß der Arbeit im Homeoffice zusammen: bei extensiver Homeoffice-Arbeit ist mit arbeitsbedingter Erschöpfung sowie ungünstigen Wirkungen hinsichtlich der Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben zu rechnen, insbesondere dann, wenn

Welche Vorteile sehen Betriebe, welche Vorteile die Beschäftigten?

Es gibt eine Vielzahl von Motiven bzw. Auslösern für die Entscheidung im Homeoffice zu arbeiten. Erwartungsgemäß variieren diese je nach Perspektive.

Vorteile aus der Sicht der Betriebe.

Aus der Sicht der Betriebe sind es nach dem IAB-Betriebspanel 2018 insbesondere die Flexibilität für Beschäftigte (62 % der Betriebe), die Vereinbarkeit von Beruf und Familie (55 %), die Erreichbarkeit der Beschäftigten (47 %), die höhere Produktivität (45 %), die Fahrzeiterparnis (36 %), die Steigerung der Arbeitgeberattraktivität (35 %), der ruhige Arbeitsplatz (26 %) sowie die Optimierung der

außerhalb der regulären Arbeitszeit – abends oder am Wochenende – gearbeitet wird. Dadurch wird nicht selten unentgeltliche Mehrarbeit geleistet (Brenke, 2016) und es besteht die Gefahr einer erhöhten erweiterten bzw. ständigen Erreichbarkeit für berufliche Belange (Beermann et al., 2017). Wie Rau und Göllner (2019) feststellen, „... scheinen erreichbar Beschäftigte ihre Arbeit nicht in der regulären Arbeitszeit zu schaffen. Sie nutzen den Tätigkeitsspielraum für die zeitliche Ausdehnung der Arbeit durch Erreichbarkeit. Dies verkürzt die Erholungszeiten, was sich in Erholungsunfähigkeit abbildet“ (a. a. O., S. 1–14). Damit besteht insgesamt die Gefahr, dass der Arbeits-Erholungs-Zyklus langfristig durch die Arbeit im Homeoffice gestört werden kann.

Büroflächennutzung (10 %) die positiv zu Buche schlägt (IAB, 2019). Gründe gegen Homeoffice werden bis auf die Art der Tätigkeit kaum gesehen; 90 % der Betriebe sehen die Art der Tätigkeit als wesentlichen Hinderungsgrund für die Arbeit im Homeoffice. Ein ökonomischer Vorteil könnte zudem darin liegen, dass Beschäftigte im Homeoffice trotz der höheren psychischen Belastung geringere Fehlzeiten (7,7 Tage) als Beschäftigte aufweisen, die nur am Unternehmensstandort tätig sind (11,9 Tage). Ein Grund dafür sei möglicherweise, dass sich Arbeitszeiten im Homeoffice „passgenauer einteilen“ lassen (AOK, Fehlzeitenreport 2019).

Vorteile aus der Sicht der Beschäftigten.

Die Ergebnisse des IAB-Betriebspanel 2018 für die Beschäftigten zeigt, dass die Beschäftigten andere Bewertungsschwerpunkte setzen. Die bessere Ausübung der Tätigkeit ist für 56 % ein Vorteil; die Fahrkostenspar-

nis für 55 % und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für 52 %. Zudem sehen 38 % einen Vorteil darin, dass höhere Arbeitszeiten bzw. Arbeitsverträge mit höheren Stundenzahlen dadurch möglich werden (IAB Betriebspanel 2018 und Linked Personnel Panel (LPP)-Befragung 2015).

Welche Schlussfolgerungen lassen sich aus den bisherigen Betrachtungen ziehen?

Durch die Coronakrise wurde eine Situation geschaffen, die die Betriebe veranlasst hat, sehr schnell nach Lösungen dafür zu suchen, damit ihre Beschäftigten ihre Arbeitsaufgaben weiterhin erledigen können. Homeoffice war dabei – dies gilt insbesondere für Tätigkeiten in Großraumbüros – oft mehr oder weniger die einzige Lösung. Zeit für Überlegungen, wie dies bewerkstelligt werden sollte, welche Arbeitsaufgaben und welche Personen dafür geeignet sind, blieb in der Regel nicht. Etliche Unternehmen und Betriebe beginnen bereits, die Erfahrungen der Beschäftigten im Homeoffice auszuwerten, und denken darüber nach, Homeoffice auch

nach Beendigung der Coronakrise verstärkt einzusetzen.

Im zweiten Teil dieses Beitrags wollen wir für diese sicherlich in Zukunft stark zunehmende Arbeitsform eine arbeitspsychologisch fundierte Checkliste zur Arbeit im Homeoffice (AHO) vorstellen. Sie soll in Form einer Bewertungsmatrix Hinweise dafür zur Verfügung stellen, unter welchen Bedingungen Homeoffice sowohl für das Unternehmen als auch die Beschäftigten nachhaltig erfolgversprechend sein kann, und welche Voraussetzungen dafür geschaffen werden sollten bzw. förderlich sind.

Homeoffice – eine arbeitspsychologische Perspektive

Die psychologische Arbeitsgestaltung zielt darauf ab, die psychisch wirksamen Merkmale von Arbeitstätigkeiten und ihren Ausführungsbedingungen zu analysieren, nach humanen und ökonomischen Kriterien zu bewerten und daraus Gestaltungsvorschläge für eine erfolgreiche und zugleich humane Arbeitsgestal-

tung abzuleiten. Eine grundlegende Gestaltungsmaxime ist dabei, das Wirkungsdreieck Mensch – Technik – Organisation (MTO) als Einheit zu betrachten (Ulich, 2011), dessen Komponenten stets in ihrem Wirkungsgefüge betrachtet werden sollten. Die Gesamtaufgabe, die im Arbeitsprozess zu bewältigen ist, ist

das Resultat des wechselseitigen Einflusses dieser drei Bereiche.

Es ist sehr lohnenswert, für die Analyse der Faktoren, die die Gesamtaufgabe bestimmen, einen angemessenen Aufwand einzuplanen. Die prospektive Gestaltung der Arbeitstätigkeit zahlt sich, so zeigen zahlreiche Untersuchungen (Hacker & Sachse, 2014; Ulich, 2011), letztendlich aus. Nachträgliche Korrekturen sind in der Regel sehr aufwändig; sowohl was den ökonomischen Aufwand betrifft als auch die psychophysischen Kosten, die damit verbunden sind.

Der Mensch benötigt zur Bewältigung seiner Aufgaben im Homeoffice, neben der sachbezogenen Qualifikation, insbesondere die Fähigkeit zur Selbstorganisation der notwendigen Arbeitsschritte und zur Selbstregulation der eigenen Person. Letzteres umfasst auch eine angemessene Pausenregulation. Hinzu kommt die „Familienregulation“, die Bewältigung der psychosozialen Anforderungen, die durch andere Familienmitglieder (Partner, Kinder) gestellt werden. Auf diese Anforderungen müssen die Beschäftigten vorbereitet werden; hier sind vor allem die Führungskräfte bzw. die direkten Vorgesetzten gefragt. Auch ein kollegialer, gezielt eingeplanter Austausch ist hilfreich.

Die Technik umfasst neben der ergonomischen Gestaltung des Arbeitsplatzes im Homeoffice die

Verfügbarkeit adäquater, auf das Aufgabenspektrum zugeschnittene Arbeitsmittel. Letzteres schließt eine aufgabenangemessene und fehlerrobuste Software ein, ebenso wie den Datenschutz. Geprüft werden sollte auch die Adäquatheit der Räumlichkeiten.

Die *organisationalen Bedingungen*, die eine besondere Beachtung in Bezug auf die Arbeit im Homeoffice erhalten sollten, beziehen sich auf die Arbeitszeitregelung, die Integration der Aufgaben in die betrieblichen Abläufe, die Festlegung der aufgabenbezogenen Kooperationserfordernisse und die Frage, in welchem Turnus zwischen Homeoffice- und Betriebsarbeitsplatz gewechselt werden soll. Grundlegende Bedeutung hat die Gestaltung von Rückmeldeschleifen. Zum einen geht es um die Kommunikation mit den Kolleginnen und Kollegen, die zur erfolgreichen Aufgabenbewältigung erforderlich ist, zum anderen um die Befriedigung psychosozialer Bedürfnisse.

In der *Checkliste „Arbeitsgestaltung im Homeoffice“* werden Merkmale, die den drei Komponenten des MTO-Ansatzes zugeordnet sind, aufgeführt, die bei der Einrichtung bzw. Gestaltung von Homeoffice-Arbeitsplätzen berücksichtigt werden sollten. Die dort aufgeführten Bewertungskriterien, Handlungsempfehlungen und der darauf ableitbare Handlungsbedarf sind jedoch nicht erschöpfend.

Checkliste „Arbeitsgestaltung im Homeoffice“

MENSCH	BEWERTUNGS-KRITERIUM	HANDLUNGSEMPFEHLUNG	HANDLUNGSBEDARF		
			ja	nein	teilweise
Aufabengestaltung	Arbeitsinhalt	Aufgabenanalyse in der Organisationseinheit, Neugestaltung des Aufgabenzuschnitts- und der Aufgabenverteilung erwägen			
	Aufgabenverteilung				
	Tätigkeitsspielraum	Gestaltungsspielräume ermitteln: Entscheidungsspielraum bzw. Verantwortungsbereich, Handlungsspielraum bei der Aufgabenausführung			
	Aufgabenklarheit: - inhaltlich - zeitlich	Zeitliche und inhaltliche Transparenz und Klarheit prüfen			
Selbstorganisation und Selbstregulation	Leistungskontrolle	Zeit- und Leistungsvorgaben transparent machen und ggf. überprüfen bzw. anpassen			
	Regulationsbehinderungen / Arbeitsunterbrechungen	Abklären, welche Störungen bei der Aufgabenerledigung zu erwarten sind			
	Selbsteinschätzung	Evtl. vorhandene Checklisten nutzen			
Zeitsouveränität	Pausenregulation / Erholung als integrale (Arbeits-) Aufgabe	Kurzpausenregime vorschlagen Gesundheitsschutz thematisieren (Selbstaubeutung)			
	selbstbestimmt	Grobes, individuelles Zeitraster absprechen			
Qualifikation	betriebsbedingt	Einbindung in den betrieblichen Zusammenhang klären			
	Selbsteinschätzung	Was kann ich alleine, wo brauche ich Unterstützung?			
Familienregulation	Einschätzung durch Führungskraft	Passung von Qualifikation und Aufgaben prüfen			
	Anzahl und Anwesenheit der Familienmitglieder	Ablenkungsgrad erfassen, ggf. unterstützen (z. B. noise cancelling head phones), klare Arbeitszeiten			
Datenschutz		Sicherstellen			

TECHNIK					
Arbeitsplatzgestaltung	Räumlichkeit	Mindestanforderungen für einen Bildschirmarbeitsplatz beachten (s. entsprechende Richtlinien), evtl. Arbeitsplatzbegehung			
	Ergonomie (Beleuchtung, Lärm)				
Arbeitsmittel	aufgabenangemessen	Checkliste für den jeweiligen Aufgabenbereich entwickeln und Mittel zur Verfügung stellen			
Software	Aufgabenangemessenheit Fehlerrobustheit	Verfügbarkeit überprüfen, Funktionieren sicherstellen bzw. ermöglichen			
Vernetzung: intern	Notwendigkeit	Vernetzung mit anderen Kolleginnen/Kollegen im Homeoffice: Notwendigkeit prüfen, Vorteile von „Homeoffice-Einheiten“ prüfen			
	Individuelles Bedürfnis	Austausch zwischen Heimarbeitsplätzen erwünscht?			
Datenschutz		Sicherstellen			

Checkliste „Arbeitsgestaltung im Homeoffice“

ORGANISATION			
Arbeitszeitregelung	Rechtliche Voraussetzungen	Abklären, ob bisherige Regelungen ausreichen, ggf. anpassen	
	Arbeits- und Gesundheitsschutz	Gefährdungsbeurteilung psychischer Belastung beachten	
Integration in die betrieblichen Abläufe	Erreichbarkeit festlegen	Aufgabenangemessene Zeitkorridore verabreden	
Kooperationserfordernisse	Rückmeldeschleifen	Feste, den Aufgaben angemessene Zeiten einplanen	
		Individuelle Vorlieben berücksichtigen; Bedürfnis nach Rückmeldung ist sehr unterschiedlich	
	Kommunikation mit internen Kunden	Kooperationserfordernisse prüfen und evtl. neu festlegen	
Wechsel von Homeoffice- und Betriebsarbeitsplatz	Aufgabenangemessener Zyklus	Integration in die Aufgaben- und Arbeitsabläufe der Organisationseinheit beachten	
	Individuelle Möglichkeiten und Bedürfnisse	Mitarbeitergespräch: Homeoffice führen	

Wie können Sie die Checkliste nutzen?

Die Checkliste hat drei Funktionen: sie dient erstens dazu, wichtige Handlungsfelder bei der Etablierung von Homeoffice zu berücksichtigen; zweitens kann sie dazu dienen, bei den Beteiligten eine gemeinsame Ziel- und Handlungsorientierung herzustellen. Gemeinsame bzw. geteilte Ziele und Aufgaben sind in den meisten Fällen Voraussetzung für den Erfolg einer Maßnahme. Drittens kann die Checkliste als Entscheidungshilfe dafür dienen, welche Arbeitstätigkeiten bzw. Arbeitsaufgaben ins Homeoffice ausgelagert werden können, und welcher Aufwand dazu notwendig ist. Sie besitzt noch einen weiteren Vorteil: wichtige Merkmale der Arbeits- und Aufgabengestaltung werden durch die Abarbeitung der Checkliste auf den Prüfstand gestellt.

Für die in der Checkliste aufgeführten psychisch wirksamen Merkmale der Arbeitsgestaltung liefert die Arbeitspsychologie hinreichende, arbeitspsychologisch fundierte Evidenz dafür, dass die Berücksichtigung dieser Gestaltungsmerkmale geeignet ist, die Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit eines Unternehmens sowie die Leistungsfähigkeit, Arbeitsmotivation und Gesundheit ihrer Mitglieder nachhaltig sicherzustellen (Hacker & Sachse, 2014; Ulich, 2011; Wieland, 2010). Die psychisch wirksamen Merkmale der Arbeitstätigkeit bzw. die Anforderungen an die Gestaltung der Arbeitsaufgaben und ihre Ausführungsbedingungen im Homeoffice und im Betrieb unterscheiden sich dabei in der grundsätzlichen Ausrichtung nur wenig.

Die Checkliste können Sie in folgenden Schritten bearbeiten:

Schritt 1: Sie gehen die drei Teilbereiche Mensch – Technik – Organisation durch und legen für die Bewertungskriterien eines jeden Bereiches den Handlungsbedarf mit »ja«, »nein«, und »zum Teil« fest. Vorab können Sie die Unterbereiche für jeden Teilbereich gewichten, und nach der Bewertung Prioritäten setzen. Dabei empfiehlt es sich, festzulegen, welche zusätzlichen Informationen Sie noch benötigen oder ob Sie externe Unterstützung brauchen.

Bewerten Sie nach dem Ausfüllen der Checkliste die Antworten, Bemerkungen und Notizen danach, welche Ansatzpunkte zur Gestaltung der Arbeit im Homeoffice sinnvoll sind und der Erstellung eines Maßnahmenplans dienen können.

Schritt 2: Im zweiten Schritt können Sie im Maßnahmenplan anhand der Bewertungskriterien bzw. der Handlungsbedarfe auflisten, welche Maßnahmenzunächst realisiert werden. Ausgangspunkt dafür sind die Beurteilungen des Handlungsbedarfs in den Kategorien »ja« oder »zum Teil«.

Schritt 3: Als Nächstes können Sie die einzuleitenden Maßnahmen zum Beispiel nach Wichtigkeit bzw. Dringlichkeit, Machbarkeit bzw. Aufwands-Ertrags-Gesichtspunkten ordnen.

Schritt 4: Schließlich sollen Sie SMART'e (spezifisch-messbar-attraktiv-realistisch-terminiert) Ziele festlegen und Verantwortlichkeiten bestimmen. Wer macht was bis zu welchem Zeitpunkt?

Literatur:

Checkliste zur Gestaltung mobiler Arbeit (2019) ifaa – Institut für angewandte Arbeitswissenschaft e. V. Düsseldorf
 Rau, R. & Göllner, M. (2019). Erreichbarkeit gestalten, oder doch besser die Arbeit? Zeitschrift für Arbeits- und Organisationspsychologie (2019), 63 (1), 1–14.
 Anderson, A. J., Kaplan, S. A., & Vega, R. P. (2014). The impact of telework on emotional experience: When, and for whom, does telework improve daily affective well-being? European Journal of Work and Organizational Psychology, 24(6), 882–897. <https://doi.org/10.1080/1359432x.2014.966086>
 Golden, T. D. (2012). Altering the effects of work and family conflict on exhaustion: Telework during traditional and nontraditional work hours. Journal Of Business And Psychology, 27, 255-269. doi:10.1007/s10869-011-9247-0
 BAuA. (2019). BAuA - baua: Praxis - Flexible Arbeitszeitmodelle – Überblick und Umsetzung – Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin. Abgerufen von <https://www.baua.de/DE/Angebote/Publikationen/Praxis/A49.html>
 IAB (2019). IAB – Kurzbericht Nr. 11, 11.6.2019. Herausgeber: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit. Nürnberg.
 Sardeshmukh, S. R., Sharma, D., & Golden, T. D. (2012). Impact of telework on exhaustion and job engagement: a job demands and job resources model. New Technology, Work and Employment, 27(3), 193–207. <https://doi.org/10.1111/j.1468-005x.2012.00284.x>
 Wieland, R. (1999). Beanspruchung und Bildschirmarbeit: Konsequenzen für die Gestaltung von Telearbeitsplätzen. Zeitschrift für Arbeits- und Organisationspsychologie, 43 (3), 151-158.
 Wieland, R. (2010). Gestaltung gesundheitsförderlicher Arbeitsbedingungen. In U. Kleinbeck & K.-H. Schmidt (Hrsg.), Arbeitspsychologie (Enzyklopädie der Psychologie, D III, Band 1, S. 869-919). Göttingen: Hogrefe.
 Wieland, R. & Hammes, M. (2014 a). Wuppertaler Screening Instrument Psychische Beanspruchung (WSIB) – Beanspruchungsbilanz und Kontrollerleben als Indikatoren für gesunde Arbeit. Journal Psychologie des Alltagshandelns, 7, 30-50.
 ARBEITSSCHUTZ UND GESUNDHEIT: Gesund und produktiv im Homeoffice. <https://www.lia.nrw.de/themenangebote/Arbeitsschutz-und-Gesundheit/Homeoffice/index.html>
 Hacker, W. & Sachse, P. (2014). Allgemeine Arbeitspsychologie – Psychische Regulation von Tätigkeiten (3., vollst. Überarb. Aufl.). Göttingen: Hogrefe. Ulich, E. (2010). Aufgabengestaltung. In H. Schmidt & U. Kleinbeck (Hrsg.), Enzyklopädie der Psychologie, Band „Arbeitspsychologie“ (S. 581–622). Göttingen: Hogrefe.

BERGISCHES STÄDTEDREIECK DAS REGIONALE KONJUNKTURBAROMETER

Das Regionale Konjunkturbarometer ist ein qualitativer Indikator, der die konjunkturelle Lage und Entwicklung des Bergischen Städtedreiecks erfasst. Der Indikator basiert auf einer quartalsweisen Befragung von Unternehmen im Bergischen Städtedreieck zu ihrer aktuellen wirtschaftlichen Lage sowie ihren Erwartungen hinsichtlich der konjunkturellen Entwicklung.

Vergleichbare Indikatoren werden auf nationaler Ebene von verschiedenen Wirtschaftsforschungsinstituten (z. B. ifo, ZEW) bereits seit längerem erhoben und finden in Wirtschaft, Politik und Medien große Beachtung. Da die wirtschaftliche Entwicklung auf regionaler Ebene allerdings systematisch von der nationalen Entwicklung abweichen kann, stellt das Regionale Konjunkturbarometer ein wichtiges Entscheidungskriterium für die Unternehmen im Bergischen Städtedreieck dar. Insbesondere Unternehmen, deren Produktionsstandorte und/oder Absatzmärkte eng mit dem Bergischen Städtedreieck verbunden sind, können durch das Regionale Konjunkturbarometer künftig bessere Managemententscheidungen treffen. Auch für lokal agierende Finanzinstitute ist die regionale wirtschaftliche Entwicklung von Bedeutung und sollte in das Risikomanagement durch geeignete Kennzahlen einfließen. Ebenso helfen regionale Kon-

junkturprognosen politischen Entscheidungsträgern mögliche Auswirkungen von kommunalen wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen besser abschätzen zu können.

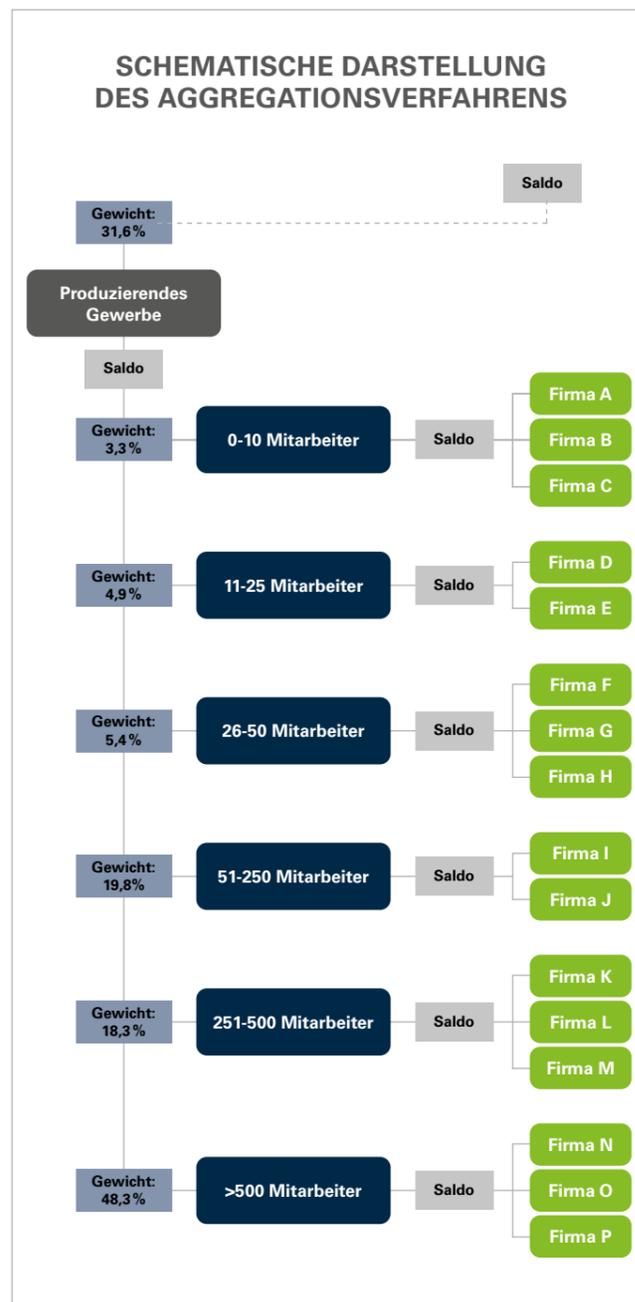
Die Umfrage zum Regionalen Konjunkturbarometer besteht aus vier Fragen:

1. Die Beurteilung der aktuellen Geschäftslage
2. Die Geschäftserwartungen für die nächsten sechs Monate
3. Die aktuelle Nachfragesituation
4. Die Personalplanung für die nächsten sechs Monate

Die Fragen werden quartalsweise in den Sektoren: Verarbeitendes Gewerbe, Bauhauptgewerbe, Handel und Dienstleistungen erhoben.

Die Ergebnisse der ersten beiden Fragen bilden die zwei Komponenten des Regionalen Konjunkturbarometers: (i) Die Beurteilung der aktuellen Geschäftslage und (ii) die Erwartungen der befragten Unternehmer hinsichtlich ihrer Geschäftsentwicklung in den kommenden sechs Monaten. Die Frage zur aktuellen Geschäftslage kann mit „gut“, „befriedigend“ oder „schlecht“ beantwortet werden. Die Frage zu den Geschäftserwartungen für die nächsten sechs Monate kann mit „etwas günstiger“, „etwa gleich“ oder „eher schlechter“ beantwortet werden.⁸

⁸ Die Antwortmöglichkeiten folgen den Empfehlungen der Europäischen Kommission zur Harmonisierung von Unternehmens- und Verbraucherstichproben.



Für die beiden Komponenten wird jeweils der Saldo aus positiven (gut/etwas günstiger) und negativen (schlechter/eher schlechter) Antworten berechnet. Die beiden Salden können jeweils Werte von -100 % bis +100 % annehmen. Bewerten die Teilnehmer z. B. die aktuelle Geschäftslage zu 60 % mit „gut“, 15 % mit „befriedigend“ und 25 % mit „schlecht“, dann ergibt sich ein Saldo von +35 %.

Da der Beitrag der befragten Unternehmen zur regionalen Wirtschaftsleistung nicht gleich hoch ist, sondern vielmehr in Abhängigkeit von der Unternehmensgröße und der Branchenzugehörigkeit variiert, verwenden wir ein zweistufiges Gewichtungsverfahren zur Berechnung der Salden:

1. Die verschiedenen Sektoren tragen in unterschiedlichem Maß zur regionalen Wirtschaftsleistung (regionales BIP) bei. Deshalb werden die Antworten der Unternehmen für jeden Sektor getrennt ausgewertet.
2. Die Unternehmensgröße hat einen wesentlichen Einfluss auf den Beitrag eines Unternehmens zur regionalen Wirtschaftsleistung. Innerhalb eines Sektors werden deshalb nochmals Teilstichproben auf Basis der Unternehmensgröße gebildet. In jeder Teilstichprobe finden sich somit Unternehmen mit ähnlicher Größe und Unternehmensgegenstand.

$$KB = \sqrt{(GL + 200) * (GE + 200)} - 200$$

Für jede Teilstichprobe wird unsere Saldenmethodik einzeln angewendet. Aus den Salden wird dann ein gewichteter Mittelwert je Sektor berechnet. Bei der Gewichtung innerhalb eines Sektors wird berücksichtigt, wie viele Unternehmen es für die jeweilige Teilstichprobe im Bergischen Städtedreieck tatsächlich gibt⁹ und welchen Anteil sie an der gesamten Bruttowertschöpfung des Städtedreiecks haben.¹⁰

Anschließend werden die so ermittelten sektoralen Salden anhand ihres Beitrags zur regionalen Bruttowertschöpfung aggregiert. Am Ende des zweistufigen Gewichtungsverfahrens erhalten wir einen sektorübergreifenden Geschäftslage- und

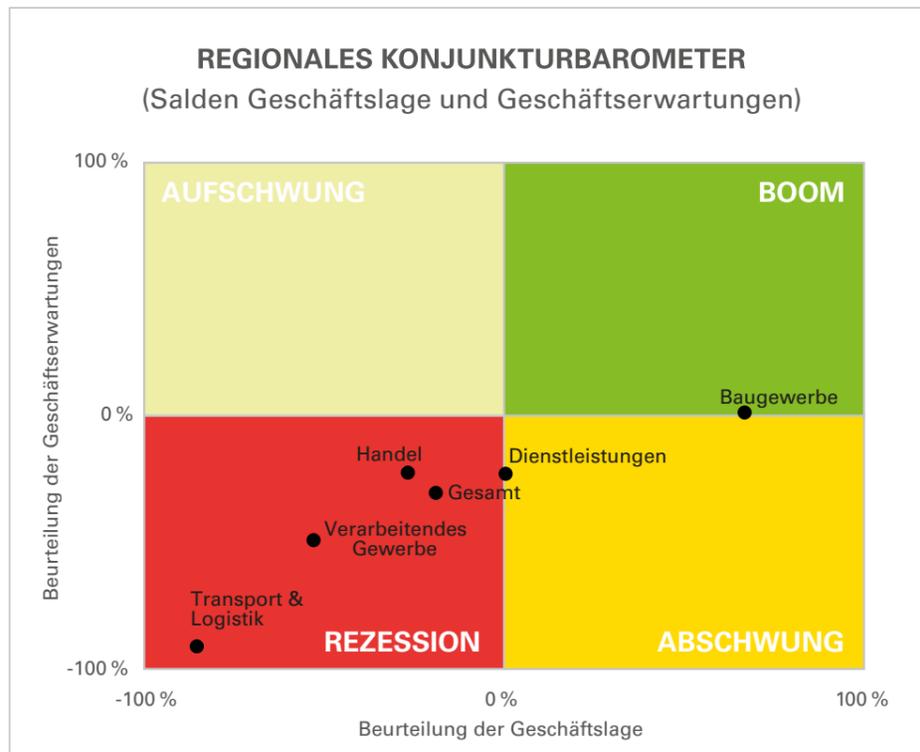
einen Geschäftserwartungssaldo für das Bergische Städtedreieck. Das Regionale Konjunkturbarometer ist das geometrische Mittel aus den beiden Salden.

Das Regionale Konjunkturbarometer ist ein konjunktureller Frühindikator. Gegenüber amtlichen Statistiken zur wirtschaftlichen Entwicklung, welche auf Kreisebene nur jährlich und mit einer zeitlichen Verzögerung von 19 Monaten veröffentlicht werden, bietet der Indikator eine zeitnahe Beurteilung der aktuellen Wirtschaftslage. Das Regionale Konjunkturbarometer ist besonders geeignet, um zyklische Wendepunkte im Wirtschaftsgeschehen frühzeitig zu erkennen.

⁹ An dieser Stelle wird die Verteilung der Grundgesamtheit und nicht die Verteilung der Stichprobe berücksichtigt.

¹⁰ Die Anzahl der Unternehmen im Bergischen Städtedreieck nach Sektor und Beschäftigungsgrößenklasse sowie Angaben zum Anteil an der Bruttowertschöpfung wurden uns freundlicherweise vom Statistisches Landesamt NRW und vom Statistischen Bundesamt in Form von Sonderauswertungen zur Verfügung gestellt.

WIRTSCHAFTLICHE LAGE UND ERWARTUNGEN



Die COVID-19-Pandemie hat erhebliche Auswirkungen auf die Wirtschaft im Bergischen Städtedreieck. Über sämtliche Wirtschaftsbereiche und Größenklassen hinweg sind die Lage- und Erwartungssalden des Regionalen Konjunkturbarometers gegenüber dem Jahresbeginn deutlich gesunken.

Lediglich 5,6 % der befragten Unternehmen gaben an, dass sie nicht von den negativen Folgen der Pandemie betroffen sind. Rund ein Viertel (26,7 %) der Unternehmen gab hingegen an, dass sie stark von den Auswirkungen betroffen sind. Beachtlich ist, dass hierzu auch mittelständische Industrieunternehmen wie z. B. Automobilzulieferer, aber auch Dienstleis-

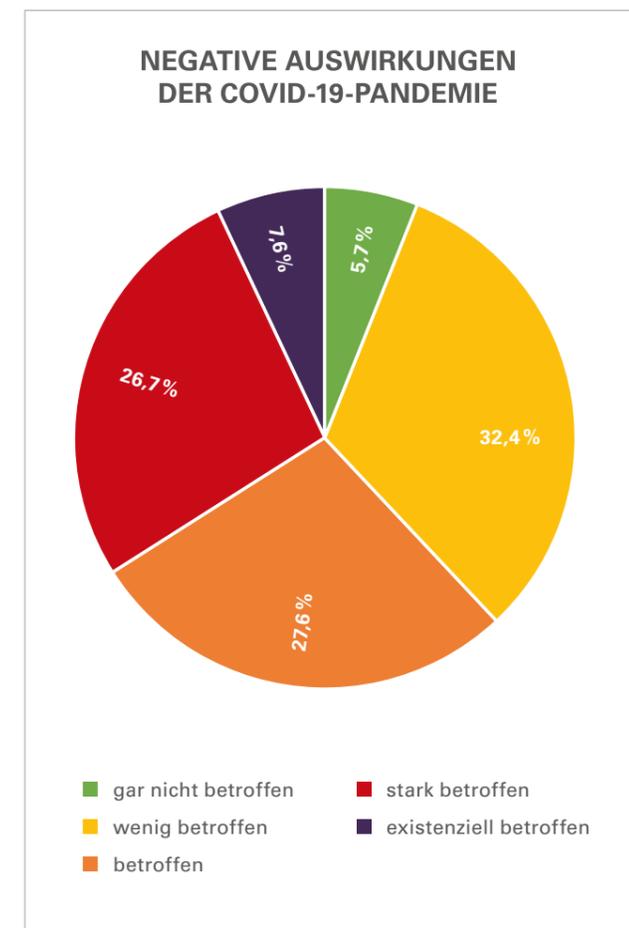
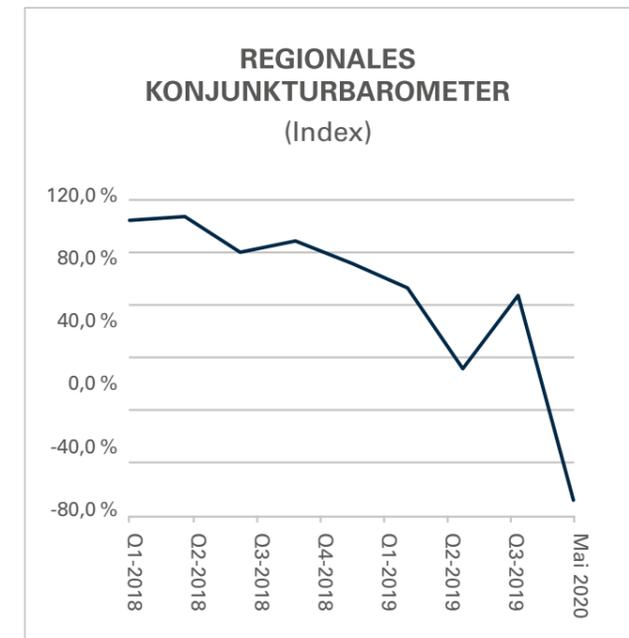
tungsunternehmen aus der Digitalwirtschaft zählen. 7,6 % fühlen sich durch die aktuelle Krise sogar existenziell bedroht. Hierzu zählen Unternehmen aus dem stationären Einzelhandel, der Transportlogistik, dem Gastgewerbe, der Reisewirtschaft, Veranstaltungstechnik- und Messebauunternehmen sowie Solo-Selbstständige vor allem im kulturellen Bereich. Diese Branchen waren am stärksten von den Öffnungsverboten und Reisebeschränkungen betroffen und können auch zum jetzigen Zeitpunkt nur sehr eingeschränkt ihrer Geschäftstätigkeit nachgehen.

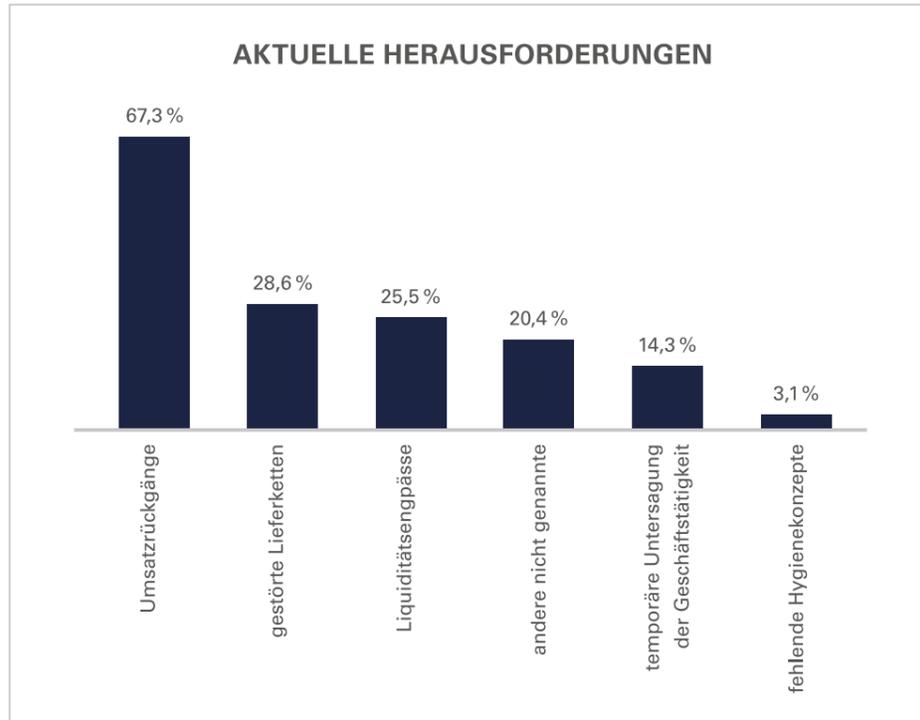
Dementsprechend bewertet der überwiegende Teil der Unternehmen im Bergischen Städtedreieck

die aktuelle Geschäftslage deutlich schlechter als zum Jahresbeginn. Der Saldowert des Regionalen Konjunkturbarometers sank gegenüber der letzten Umfrage um 55,0 Prozentpunkte und liegt aktuell bei -18,5 %. Im Handel (-26,7 %), im Transport- und Logistiksektor (-85,0 %) sowie im Verarbeitenden Gewerbe (-52,7 %) überwiegt die Anzahl der Unternehmen, die ihre aktuelle Geschäftslage als „schlecht“ beurteilt, dem Anteil positiver Einschätzungen. Neben Umsatzrückgängen werden, von Unternehmen aus dem Verarbeitenden Gewerbe, unterbrochene Lieferketten als Hauptgrund für die schlechte Lage genannt. Im Handel werden neben Umsatzrückgängen, hingegen die Aus- und Nachwirkungen der Öffnungsverbote als belastende Herausforderung genannt.

Mit der aktuellen Schwäche der Bergischen Unternehmen aus Industrie und Handel, ist die Nachfrage der wichtigsten Logistiknutzender nach Transportleistungen stark zurückgegangen. Infolgedessen beurteilen die hiesigen Transport- und Logistikunternehmen ihre aktuelle Geschäftslage als besonders schlecht. Vergleicht man die Entwicklung mit dem ifo BVL-Logistikindikator sowie der aktuellen Auswertung des ifo Instituts für den Straßengüterverkehr, so zeigt sich, dass es sich um einen deutschlandweiten Effekt aufgrund der COVID-19-Pandemie handelt.

Deutlich heterogener ist die Stimmung bei den Dienstleistungsunternehmen im Bergischen Städtedreieck.





Auch wenn hier ebenfalls deutliche Rückgänge (-50,2 Prozentpunkte) zu verzeichnen sind, liegt der Saldowert mit 1 % im neutralen Bereich.

Überwiegend positiv wird die Geschäftslage im Grundstücks- und Wohnungswesen, bei Steuerberatern- und Wirtschaftsprüfern sowie im Garten- und Landschaftsbau eingeschätzt. Mit der Medizintechnik findet sich aber auch im Verarbeitenden Gewerbe eine Branche, die sogar von der COVID-19-Pandemie profitieren kann.

In der hiesigen Bauwirtschaft wird die aktuelle Lage aufgrund der gut gefüllten Auftragsbücher ebenfalls positiv bewertet. Dennoch fiel auch hier der Lagesaldo um 11,2 Prozentpunkte ggü. der letzten Befragung

auf 67,1 %. Zudem erwartet der überwiegende Teil der Branchenteilnehmer weniger neue Aufträge. Im Gewerbebau wird mit einem Rückgang gerechnet, da viele Unternehmen ihre Investitionen zurückfahren. Im Wohnungsbau wird, bei steigender Jobunsicherheit und Einkommenseinbußen aufgrund von Kurzarbeit, ebenfalls mit einer sinkenden Nachfrage gerechnet. Auf dem Immobilienmarkt ist diese Entwicklung hingegen noch nicht eingepreist.

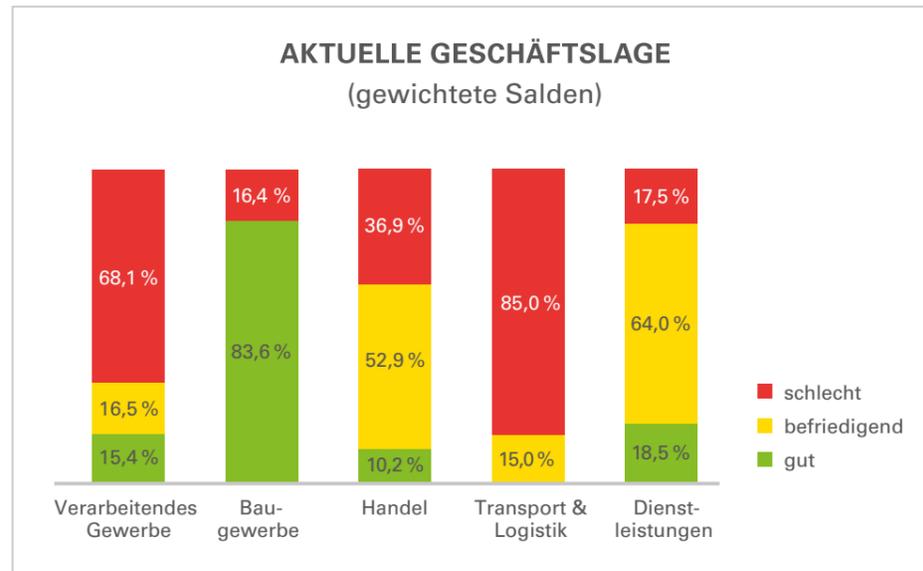
Zur Abmilderung der negativen Folgen der COVID-19-Pandemie haben die Bundes- und Landesregierung Soforthilfeprogramme, insbesondere zur kurzfristigen Sicherstellung der Liquidität, bereitgestellt. Dennoch gab rund ein Viertel der befragten Unternehmen an, dass sie derzeit



unter Liquiditätsengpässen leiden. Zu den betroffenen Unternehmen gehören sowohl mittelständische Betriebe mit über 500 Beschäftigten, als auch Solo-Selbstständige aus den verschiedensten Wirtschaftszweigen. Unseren Umfrageergebnissen zufolge haben diese, sofern es sich nicht um Solo-Selbstständige handelt, durchweg zumindest einen Teil der Mitarbeiter in Kurzarbeit geschickt. Auch haben kleinere Betriebe, mit weniger als 50 Vollzeitbeschäftigten, von der NRW-Soforthilfe 2020 regen Gebrauch gemacht. Die Tatsache, dass die Höhe der beantragten Mittel

scheinbar nicht für alle Betroffenen ausreichend ist, deutet darauf hin, dass im Bergischen Städtedreieck mittelfristig mit einer Zunahme der Insolvenzen zu rechnen ist.

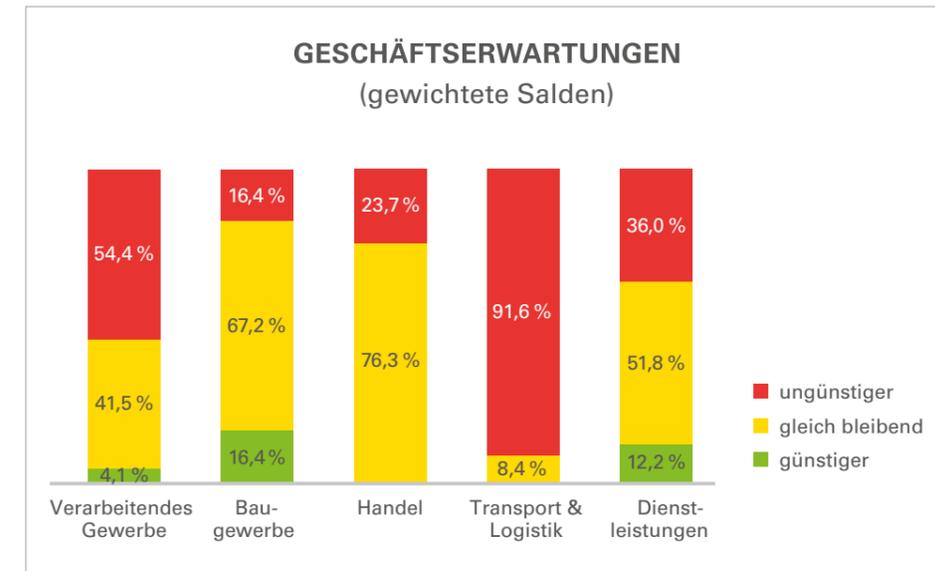
Über alle Solo-Selbstständigen, Freiberufler und antragsberechtigte Kleinunternehmen hinweg, die von der NRW-Soforthilfe 2020 Gebrauch gemacht haben, wird die Abwicklung überwiegend positiv bewertet. So gaben 78,1 % der entsprechenden Unternehmen an, dass sie schnell und unkompliziert ihre Soforthilfe erhalten haben.



Auch die Vergabe der KfW-Kredite zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Auswirkung der COVID-19-Pandemie wird mehrheitlich positiv bewertet. Nach unseren Ergebnissen empfanden 62,5 % der Unternehmen, die einen entsprechenden Kredit beantragt und erhalten haben, die Bearbeitung als „schnell und unkompliziert“. Im Gegensatz zu den Soforthilfen für Kleinunternehmen, ist hier jedoch ein Großteil der Anträge erst kürzlich gestellt und noch nicht vollständig bearbeitet worden. Eine abschließende Bewertung kann daher zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht vorgenommen werden.

Die von uns befragten Unternehmen im Bergischen Städtedreieck gehen nicht davon aus, dass eine rasche

Rückkehr zur Normalität möglich ist. Vielmehr blickt der überwiegende Teil der Unternehmen sorgenvoll in die Zukunft. Dementsprechend weist der Saldo aus positiven und negativen Antworten, bezogen auf die Geschäftserwartungen für die nächsten 6 Monate, mit -31,5 % einen negativen Wert auf. Der Rückgang von 38,1 Prozentpunkten gegenüber dem 4. Quartal 2019, ist die deutlichste Veränderung des Erwartungssaldos seit Beginn der Erhebung des Regionalen Konjunkturbarometers. Das Verarbeitende Gewerbe (-50,3 %), der Handel (-23,7 %), der Transport- und Logistiksektor (- 91,6 %) sowie der Dienstleistungssektor (-23,8 %) blicken allesamt deutlich pessimistischer als noch zu Jahresbeginn in die Zukunft. Die Tatsache, dass für



keinen Sektor ein positiver Wert ausgewiesen werden kann, verdeutlicht, dass trotz erster Lockerungen der Schutzmaßnahmen, nach wie vor über alle Branchen hinweg eine große Verunsicherung herrscht.

Unseren Ergebnissen zu Folge, werden die Unternehmen im Bergischen Städtedreieck auch in den kommenden Monaten vor enormen Herausforderungen stehen. Mit einer schnellen Erholung der Wirtschaft ist derzeit nicht zu rechnen. Obwohl die Abwicklung der Soforthilfen überwiegend positiv bewertet wird, zeigt sich, dass nicht alle Unternehmen in einem ausreichenden Maß davon profitieren können. Aufgrund des Nachweises eines hohen Anteils an Unternehmen, die stark bzw. existen-

ziell von der Krise betroffen sind und gleichzeitig unter Liquiditätsengpässen leiden, scheint eine Anpassung und Ausweitung der bestehenden Hilfspakete geboten.

An der Umfrage zum Regionalen Konjunkturbarometer haben 224 Unternehmen (mit rund 19.000 Beschäftigten) teilgenommen. Erfreulicherweise konnten wir somit – trotz der herausfordernden Situation – die Anzahl der teilnehmenden Unternehmen gegenüber der letzten Umfrage leicht steigern. Im Verhältnis zur Grundgesamtheit ergibt sich eine ausgeglichene Verteilung der Unternehmen sowohl über die verschiedenen Sektoren als auch über die verschiedenen Beschäftigungsgrößenklassen.

INTERVIEW: DR. JOHANNES SLAWIG – KÄMMERER DER STADT WUPPERTAL

Dr. Johannes Slawig

Gemeinsam mit Kolleginnen und Kollegen von insgesamt 70 weiteren hochverschuldeten bundesdeutschen Städten fordert er mit dem Aktionsbündnis „Für die Würde unserer Städte“ bereits seit langem die Lösung des Altschuldenproblems sowie die Wiederherstellung der grundgesetzlich geforderten „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“.



WIFOP: Die negativen Folgen der Corona-Krise für die Wirtschaft im Bergischen Städtedreieck wirken sich auch auf die kommunalen Haushalte aus. Vor allem durch den Rückgang von Gewerbesteuereinnahmen deuten sich schon jetzt ernstzunehmende Konsequenzen an.

Existieren bereits erste Schätzungen hinsichtlich der zu erwartenden Mindereinnahmen in 2020?

Slawig: Derzeit ist noch keine tragfähige Abschätzung möglich, allerdings steht jetzt schon fest: die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf den städtischen Haushalt werden erheb-

lich sein und zu massiven finanziellen Verschlechterungen führen.

Die deutlichsten Verschlechterungen sind im Bereich der Steuern zu erwarten, insbesondere bei der Gewerbesteuer. Hier sind bereits zum Stand 08.05.2020 rd. 1.300 Anträge auf Herabsetzung von Vorauszahlungen oder Stundungen mit einem Volumen von rd. 78 Mio. € gestellt worden.

Nach einem Gutachten meines ehemaligen Bochumer Kollegen Manfred Busch kann allein im Bereich der Gewerbesteuer in einem Risiko-Szenario mit einer Mindereinnahme von bis zu 100 Mio. € gerechnet werden.

WIFOP: Zum Höhepunkt der Finanzkrise gingen die Gewerbesteuereinnahmen in den Kommunen des Bergischen Städtedreiecks deutlich zurück. Danach hat es mehrere Jahre gedauert bis die Steuereinnahmen wieder das Vorkrisenniveau erreichen konnten.

Inwieweit sind die Auswirkungen der aktuellen Krise auf die kommunalen Haushalte mit denen der Finanzkrise vergleichbar?

Slawig: Auch wenn die Ursachen der Krise, die daraus resultierenden Probleme und die wirtschaftlichen Maßnahmen in der Folge vollkommen unterschiedlich sind, können die Auswirkungen der Finanzmarktkrise von 2008/2009 durchaus als Referenzgröße für erste Einschätzungen der fiskalischen Auswirkungen genutzt werden. Die Finanzmarktkrise 2008/2009 führte zu einem Einbruch des Bruttoinlandsprodukts um 5,7%. Aktuell prognostizierte Umsatzeinbußen sowie die Zahlen der beantragten Kurzarbeit weisen jedoch darauf hin, dass die aktuelle Krise im Vergleich eher schärfer ausfallen wird.

Gegenüber der bis vor kurzem noch sehr günstigen Entwicklung der öffentlichen Finanzen stellt sich die Lage und vor allem die Perspektive angesichts der Corona-Pandemie als äußerst kritisch dar. Projektionen auf der Grundlage aktueller Schätzungen für die Bundesebene und nach den Erfahrungen aus der Finanzmarktkrise 2008/2009 zeigen, dass die NRW-Kommunen in den Jahren 2020 und 2021 rd. 4,5 bis 9 Mrd. Euro verlieren könnten und voraussichtlich 3,6 bis

8,2 Mrd. Euro zusätzliche Kassenkredite aufnehmen müssten.

WIFOP: Neben den direkt von den Kommunen erhobenen Steuern erhalten die Kommunen auch einen Anteil der Einkommensteuer. Auch hier wird derzeit mit Steuermindereinnahmen gerechnet.

Welche Bedeutung hat ein Rückgang der Einkommensteuer in 2020 für die Kommunen im Bergischen Städtedreieck?

Slawig: Für das Jahr 2020 hat die Stadt Wuppertal für den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer eine Einnahmeerwartung von rd. 170 Mio. € geplant, die sich, gemäß Prognose nach dem 1. Quartal, deutlich positiver entwickelt hätte (voraussichtliches Plus von rd. 4,4 Mio. €). Die Auswirkungen der Corona-bedingten Verschlechterungen bei der Einkommensteuer sind aktuell nicht abzuschätzen. Fest steht jedoch, dass es hier im weiteren Jahresverlauf einen massiven Einbruch geben wird. Dies wird sich auch, ähnlich wie bei der Finanzkrise 2008/2009, bei der Dotierung der Schlüsselmasse im kommunalen Finanzausgleich – zeitverzögert – auswirken.

Aber auch beim Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer sowie den örtlichen verbrauchsabhängigen Steuern (Vergnügungssteuer, Wettbüro-Abgabe, Infrastrukturförderabgabe) ergeben sich voraussichtlich erhebliche Mindererträge. Auch diese können jedoch zum aktuellen Zeitpunkt nicht abgeschätzt werden.

WIFOP: Nicht nur die Steuereinnahmen werden sinken. Auch die von den Kommunen erhobenen Gebühren werden in 2020 geringer ausfallen, da zahlreiche öffentliche Einrichtungen geschlossen waren oder noch immer geschlossen sind.

Wie stark sind in diesem Bereich die finanziellen Ausfälle?

Slawig: Für den Bereich der „stillgelegten“ Kinderbetreuung ergeben sich durch den Erlass der Beiträge in Kindergärten/Tagespflege und beim Offenen Ganztage Mindereinnahmen von rd. 1,2 Mio. €/Monat. Die Landesregierung hat angekündigt, den Ertrags- und Einzahlungsausfall auf kommunaler Ebene leider nur zu 50 % zu übernehmen.

Weitere Ertragsausfälle wegen Schließung von Einrichtungen ergeben sich insbesondere beim Zoo (in einer Größenordnung von derzeit geschätzt rd. 0,6 Mio. €), den Museen und den Bädern, aber auch bei Sondernutzungsgebühren.

WIFOP: Es ist offensichtlich, dass zumindest kurzfristig den Kommunen auf der Einnahmenseite deutlich weniger finanzielle Mittel zur Verfügung stehen. Es liegt deshalb nahe, dass Ausgaben reduziert werden müssen.

Welche Einsparmöglichkeiten haben die Kommunen? In welchen Bereichen müssen Bürger*innen und Unternehmen künftig mit Einschränkungen rechnen?

Slawig: Ich halte es für völlig unrealistisch und ausgeschlossen, diese finanziellen Auswirkungen durch Einsparungen in den kommunalen Haushalten zu kompensieren.

Das Land hat mit dem Erlass vom 6. April 2020 haushaltsrechtliche Rahmenbedingungen vorgegeben. Hiernach sind die Corona-bedingten Finanzschäden in den Haushalten buchhalterisch zu isolieren, gesondert zu aktivieren und über einen Zeitraum von 50 Jahren, beginnend in 2025, als Investitionskredite zu finanzieren. Das bedeutet: hoch verschuldeten Städten wie Wuppertal wird lediglich die Perspektive eröffnet, die ohnehin schon hohe Verschuldung weiter zu erhöhen. Dies kann und darf keine Lösung sein. Die Kommunen, die für die Bekämpfung der Pandemie unverzichtbare Leistungen erbringen, brauchen „echtes Geld“ und keine neuen Schulden!

WIFOP: Die Kommunen im Bergischen Städtedreieck waren zum Teil schon vor der Corona-Krise hochverschuldet und auf Konsolidierungshilfen des Landes NRW, wie den „Stärkungspakt Stadtfinanzen“, angewiesen. Die aktuelle Krise hat die ohnehin angespannte finanzielle Lage der Kommunen im Bergischen Städtedreieck weiter verschärft.

Ist aus Ihrer Sicht ein „Schutzschirm für Kommunen“ – wie ihn der Deutsche Städte- und Gemeindebund fordert – zwingend erforderlich, um die Handlungsfähigkeit der Kommunen sicherzustellen?



GESCHLOSSEN

Slawig: Die bisherigen Zusagen für Hilfestellungen reichen bei Weitem nicht aus. Daher sind zwingend „echte“ Finanzhilfen des Bundes und des Landes einzufordern, um den Gesamtschaden für die Stadt Wuppertal auf eine finanzierbare und tragfähige Größenordnung zu begrenzen. In diesem Zusammenhang erinnere ich auch an die Forderungen des Aktionsbündnisses „Für die Würde unserer Städte“ nach einem Altschuldenfonds.

ARBEITSMARKT

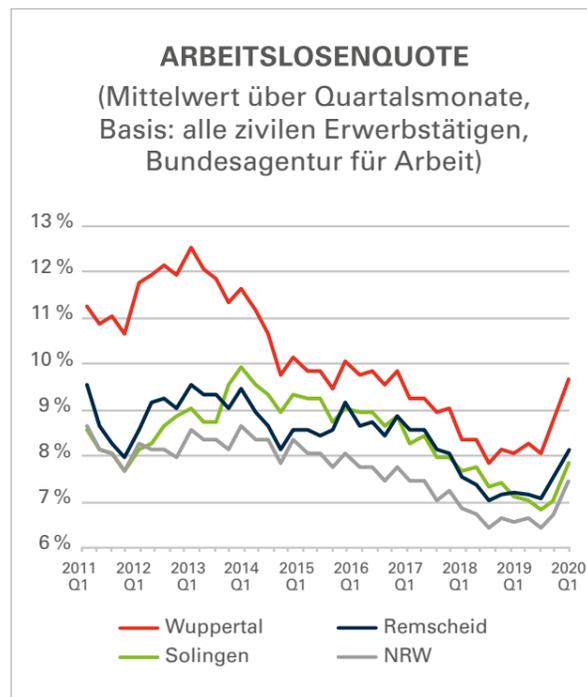
Die negativen Folgen der weltweiten COVID-19-Pandemie und der konjunkturelle Abschwung, der für viele Wirtschaftszweige damit einhergeht, zeigen deutliche Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt im Bergischen Städtedreieck. Die eigentlich für diese Jahreszeit übliche Frühjahrsbelegung bleibt aus. Stattdessen legt die negative Entwicklung wichtiger Eckwerte des regionalen Arbeitsmarktes, insbesondere in den Monaten März und April, das beispiellose Ausmaß der mit der COVID-19-Pandemie in Verbindung stehenden Dynamik offen.

Im April stieg die Zahl der Arbeitslosen, im Vergleich zum Vormonat, um 2.758 auf nun 29.215. Gegenüber dem Vorjahr ist ein Anstieg um

4.358 Personen zu verzeichnen. Die Arbeitslosenquote, bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen im Bergischen Städtedreieck, steigt dabei, im Vergleich zum Vorjahr, um 1,3 Prozentpunkte auf nun 8,9%. Dabei lässt sich der Großteil dieses Anstiegs auf die deutlich negative Entwicklung von März auf April dieses Jahres zurückführen (+0,9 Prozentpunkte).

Die Bundesagentur für Arbeit weist in ihren neusten Veröffentlichungen auf nationaler Ebene die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie gesondert aus. Dabei geht sie davon aus, dass die Differenz zwischen der Veränderungsrate von März auf April 2020 und der Entwicklung im gleichen Vorjahreszeitraum näherungsweise den Folgen der COVID-19-Pandemie zugeordnet werden kann.

Folgt man der Vorgehensweise der Bundesagentur für Arbeit, lässt sich auch für die drei Bergischen Städte der „Corona-Effekt“ auf die Arbeitslosenquote schätzen. Dieser schwankt zwischen 0,5 Prozentpunkten (Remscheid) und 1,1 Prozentpunkten (Wuppertal). In Solingen liegt er bei 0,7 Prozentpunkten. Für ganz Nordrhein-Westfalen liegt der Effekt bei etwa 0,8 Prozentpunkten. Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieser Ausgabe liegen die Zahlen bis April 2020 vor. Es ist damit zu rechnen, dass mit den Zahlen für Mai diesen Jahres die Effekte um die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie noch einmal deutlicher ausfallen dürften.



Fasst man die Zahl der Arbeitslosen weiter und rechnet die Teilnehmer an arbeitspolitischen Maßnahmen, Personen die kurzfristig arbeitsunfähig sind sowie ältere Arbeitssuchende nach § 53a SGB II hinzu, erhält man die Zahl der Personen, die als unterbeschäftigt gelten. Sie werden bei der Berechnung der Arbeitslosenquote nicht berücksichtigt, jedoch in der Unterbeschäftigungsquote erfasst. Die Unterbeschäftigungsquote bildet damit ein umfassenderes Maß für die Zahl der Arbeitssuchenden.

Die Arbeitslosenquote und die Unterbeschäftigungsquote können erheblich voneinander abweichen. Im Bergischen Städtedreieck galten zum Ende des ersten Jahresdrittels 45.851 Personen als unterbeschäftigt. Dabei stieg die Zahl der als unterbeschäftigt geltenden Personen (+2,0%) weniger stark als die Zahl der Arbeitslosen (+10,4%). Dies lässt sich teilweise darauf zurückführen, dass – aus Gründen des Gesundheitsschutzes – derzeit viele Qualifizierungsmaßnahmen nicht im ursprünglich geplanten Format durchgeführt werden können. Arbeitslos gemeldete Personen, die eine Qualifizierungsmaßnahme aufnehmen wollten, werden so weiterhin der Zahl der Arbeitslosen zugerechnet. Der Anteil der in der Unterbeschäftigung als arbeitslos erfassten Personen lag dabei im April bei rund 63,7%. Im März 2020 lag er noch bei 58,9%.

Insbesondere in Wuppertal lag die Unterbeschäftigungsquote in den vor-

angegangenen Monaten oft nahezu doppelt so hoch wie die Arbeitslosenquote. Es ist davon auszugehen, dass die, vor allem strukturell bedingte, Lücke zwischen der Arbeitslosenquote und der Unterbeschäftigungsquote weiterhin bestehen wird. Im April fällt sie jedoch, aufgrund des starken Anstiegs der Zahl der Arbeitslosen, geringer aus.

Einer der wesentlichen Gründe für den Anstieg der Arbeitslosigkeit waren insbesondere die Zugänge aus vorheriger Erwerbstätigkeit. Insgesamt meldeten sich im April 2.633 mehr Personen arbeitslos als im gleichen Monat des Vorjahres. Das entspricht einem Anstieg um rund 36,5%. Im gleichen Zeitraum nahmen nur etwa 1.004 vormals arbeitslose Personen eine Erwerbstätigkeit auf. Dies entspricht ebenfalls einem Rückgang von über einem Drittel im Vergleich zum Vorjahresmonat.

Die zuständige Agentur für Arbeit Solingen-Wuppertal verzeichnete im April außerdem einen deutlichen Rückgang des Stellenangebotes. Insgesamt sind im Bergischen Städtedreieck 4.039 offene Stellen zu besetzen. Gegenüber dem Vorjahresmonat sank der Stellenbestand damit um 1.050 (-20,6%). Die bereits seit einigen Monaten geringer werdende Zahl der neu gemeldeten Stellen, deutete schon seit längerer Zeit auf eine sinkende Einstellungsbereitschaft der Bergischen Unternehmen hin. Zwar unterliegt dieser Wert im Jahresverlauf durchaus starken

Schwankungen, dennoch liegt er für das gesamte Städtedreieck seit einigen Monaten unterhalb der Vorjahreswerte. Gegenüber April 2019 sank die Zahl der neu gemeldeten Arbeitsstellen jedoch noch einmal deutlicher, um insgesamt mehr als die Hälfte (-58,7%). Dass auch, im Vergleich zum Vormonat, ein Rückgang der neu gemeldeten Stellen um mehr als die Hälfte zu erkennen ist, spricht für eine Verschärfung der Dynamik im Zusammenhang mit der Ausbreitung des Corona-Virus.

In Folge der COVID-19-Pandemie führten die Maßnahmen zu deren Eindämmung zu deutlichen Eingriffen in den Geschäftsbetrieb vieler Unternehmen. Zwar sind einige Branchen dabei ganz besonders stark betroffen, negative Auswirkungen zeigen sich jedoch in nahezu allen Wirtschaftsbereichen.

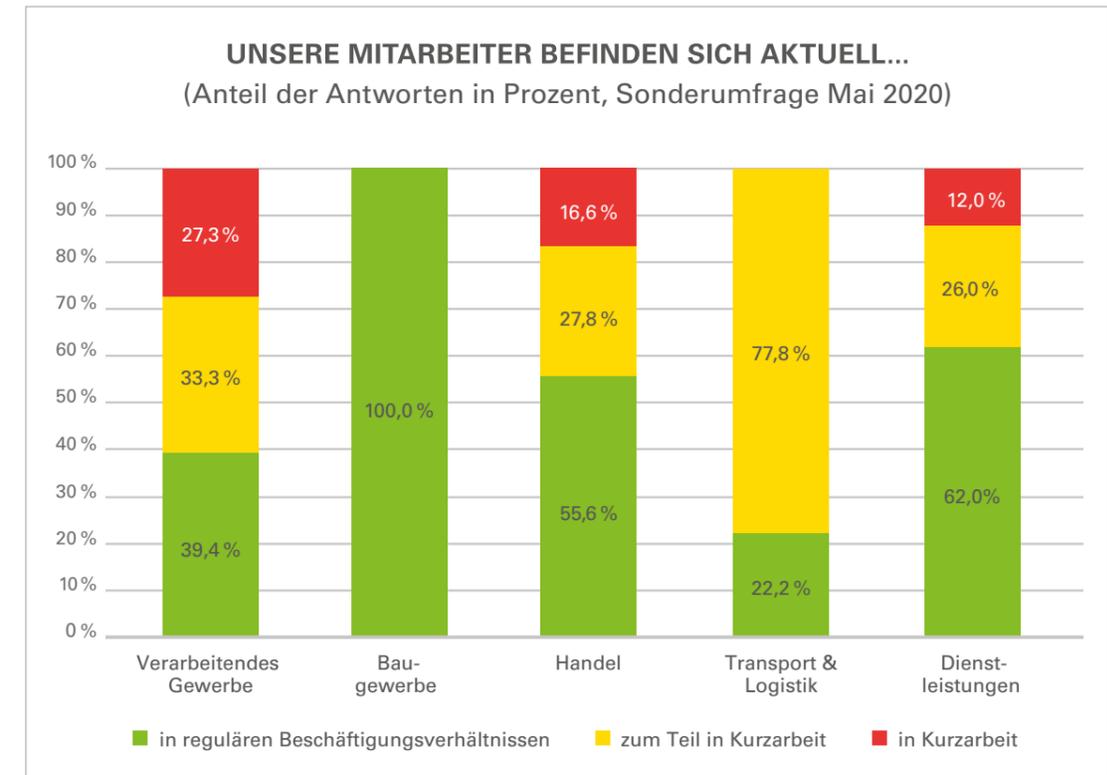
Ein wichtiges Instrument zur Dämpfung der Folgen konjunktureller Schwächephase auf dem Arbeitsmarkt ist das Kurzarbeitergeld. In Zeiten vorübergehend schwieriger Wirtschaftsbedingungen sieht der Gesetzgeber die Zahlung entsprechender Geldleistungen vor. Dabei gleicht die öffentliche Hand Entgelt-differenzen aus, die durch den Ausfall von Arbeit entstehen. Dies ermöglicht es Betrieben, Beschäftigungsverhältnisse aufrecht zu erhalten und so einen Anstieg von Arbeitslosigkeit zu verhindern.

Vor der Inanspruchnahme von Kurzarbeitergeld, müssen Betriebe den

zuständigen Agenturen für Arbeit die voraussichtlichen Arbeitszeitausfälle anzeigen. Dabei prüft die Agentur für Arbeit zunächst, ob die grundsätzlichen Fördervoraussetzungen erfüllt sind. Kommt es nun zu Arbeitszeitausfällen, wird die Förderung bis zu drei Monate rückwirkend gezahlt. Damit kann die tatsächlich in Anspruch genommene Kurzarbeit erst in einigen Monaten beziffert werden. Dennoch kann die Anzahl der Anzeigen von Kurzarbeit als Obergrenze und damit als Frühindikator der künftigen Entwicklung von tatsächlicher Kurzarbeit interpretiert werden.

Bis Ende April wurde der Agentur für Arbeit Solingen-Wuppertal von 5.233 Betrieben im Bergischen Städtedreieck Kurzarbeit angezeigt. Von Arbeitszeitausfällen betroffen sind demnach insgesamt 79.707 Personen, was einem Anteil von etwa 34,7% aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Städtedreieck entspricht. Ein Vergleich mit den Auswirkungen der weltweiten Finanz- und Bankenkrise verdeutlicht das Ausmaß der aktuellen Entwicklung. Im Jahr 2009 wurden der Agentur für Arbeit von 1.499 Betrieben für 35.362 Personen konjunkturelle Kurzarbeit angezeigt. Dies entsprach einem Anteil von weniger als einem Fünftel der damals sozialversicherungspflichtig Beschäftigten.

Im Rahmen der aktuellen Umfrage erfasste das WIFOP, inwiefern die teilnehmenden Unternehmen im Mai 2020 von Kurzarbeit betroffen waren. Dabei gaben über ein Drittel



der Unternehmen an, dass ihr Personal sich teilweise (28,2%) oder gänzlich in Kurzarbeit befindet (15,5%). Gerade kleinere, inhabergeführte Unternehmen sind dabei weniger stark von Kurzarbeit betroffen als Größere. Etwa drei Viertel der Unternehmen bis zu 10 Mitarbeiter*innen gaben an, derzeit kein Personal in Kurzarbeit zu beschäftigen.

Wie auf nationaler Ebene zeigen sich teils deutliche Unterschiede in den verschiedenen Wirtschaftsabschnitten. Im Baugewerbe gab keines der befragten Unternehmen an, derzeit von Kurzarbeit betroffen zu sein. Auch im Lebensmitteleinzelhandel, der Medizintechnik sowie in der Steuerberatung und Wirtschaftsprüfung kommt es derzeit nicht zu Kurzarbeit.

Besonders betroffen sind hingegen viele Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes, des Handels und des Dienstleistungssektors. Hier befindet sich, bei zum Teil deutlich über der Hälfte der Unternehmen, das Personal in Kurzarbeit. Branchen mit einem besonders hohen Anteil sind hier das Gastgewerbe, Automobilzulieferer sowie der Großhandel mit Investitionsgütern. Dass insbesondere einige unternehmensnahe Dienstleistungsunternehmen, die konjunkturell zuletzt besonders stark aufgestellt waren, ebenfalls negativen Auswirkungen der COVID-19-Pandemie ausgesetzt sind, zeigt sich vor allem an der Branche der Bergischen Digitalwirtschaft. Hier sind Beschäftigte einzelner, mittelständischer Unternehmen teilweise in Kurzarbeit.

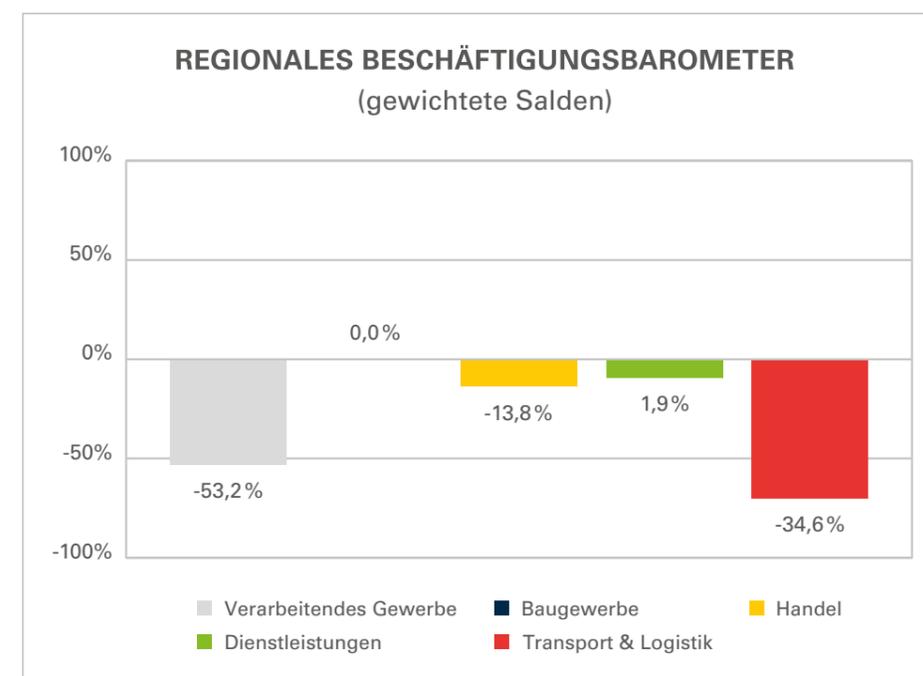


Regionales Beschäftigungsbarometer

Das Regionale Beschäftigungsbarometer fällt auf den tiefsten Stand seit seinem Bestehen. Der Gesamtsaldo aus den gewichteten positiven und negativen Antworten des Regionalen Beschäftigungsbarometers liegt mit -23,6 % (-18,8 Prozentpunkte) im deutlich negativen Bereich. Dabei zeigte das Barometer bereits in den vergangenen Quartalen eine sinkende Einstellungsbereitschaft der Unternehmen im Bergischen Städtedreieck an. Die Sonderauswertung zur Mitte des zweiten Quartal 2020 zeigt nun, welche drastischen Folgen der COVID-19-Pandemie für die kommenden Monate zu erwarten sind. Neben einer nahezu flächendeckend sinkenden Nachfrage nach neuen Beschäftigten, ist in vielen Branchen mit einem Personalabbau zu rechnen.

Die Saldowerte nahezu aller Wirtschaftszweige tendieren zur Mitte des zweiten Quartals 2020 deutlich unterhalb der Vorquartale. Im Verarbeitenden Gewerbe, dem Handel und im Dienstleistungssektor fallen die Saldowerte auf die niedrigsten Stände seit Bestehen des Regionalen Beschäftigungsbarometers. Die Branche der Transport- und Logistikunternehmen (-70,9 %) zeigt für einen Großteil ihrer Unternehmen einen geplanten Beschäftigungsabbau an. Einzig der Saldowert für das Baugewerbe liegt mit +0,0 % in einem Bereich, der auf eine Stagnation des Beschäftigungsniveaus schließen lässt.

Der Saldowert des Beschäftigungsbarometers für die regionalen Unternehmen des Verarbeitenden Ge-



werbes (-53,2 %) sank im Vergleich zum Jahresende 2019 deutlich um 52,2 Prozentpunkte. Dabei wirkten sich insbesondere strukturelle Faktoren bereits in der Vergangenheit negativ auf die Personalplanung von Unternehmen dieses Wirtschaftsabschnitts aus. Im Zuge der Folgen der COVID-19-Pandemie und der damit verbundenen Auswirkungen auf den regulären Geschäftsbetrieb, ist jedoch mit einem drastischeren Beschäftigungsabbau zu rechnen.

Der Dienstleistungssektor zeigte sich hingegen in der Vergangenheit deutlich robuster gegenüber einer einsetzenden konjunkturellen Eintrübung. Bei einer genauen Betrachtung war jedoch zu erkennen, dass die Nachfrage nach Arbeitskräften grundsätzlich sehr heterogen ausfiel. Zur Mitte des zweiten Quartals 2020 deutet jedoch auch im Dienstleistungssektor (-9,1 %) der Saldowert des Beschäftigungsbarometers auf einen Stellenabbau hin. Die Entwicklung im Vergleich zum Jahresende 2019 (-7,2 Prozentpunkte) lässt sich dabei vor allem auf die deutlich gesunkenen Geschäftserwartungen

zurückführen. Es ist deshalb davon auszugehen, dass sich die Zeichen in Bezug auf einen Personalabbau auch in den kommenden Quartalen verstärken dürften.

Im Handel (-13,8 %) liegt der Saldowert ebenfalls im deutlich negativen Bereich. Im Vergleich zum Jahresende 2019 sinkt der Wert nach kontinuierlichen Rückgängen auch in den davorliegenden Quartalen erneut um 11,1 Prozentpunkte. Im Zuge der Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie zeigten sich teils deutliche Unterschiede im Grad der Einschränkungen des regulären Geschäftsbetriebs. Insbesondere im Lebensmitteleinzelhandel ist deshalb zunächst nicht mit einem Personalabbau zu rechnen.

Bereits in den vorangegangenen Quartalen ließ sich anhand der Saldowerte ein teils deutlicher Rückgang der Einstellungsbereitschaft erkennen. Die aktuelle Auswertung zeigt jedoch wie gravierend sich die Folgen der COVID-19-Pandemie auch langfristig auf dem lokalen Arbeitsmarkt auswirken dürften.

INTERVIEW: MARTIN KLEBE – LEITER DER AGENTUR FÜR ARBEIT IM BERGISCHEN STÄDTEDREIECK



Martin Klebe

Martin Klebe ist Teil des zweiköpfigen Teams der Geschäftsführung der Arbeitsagentur Solingen-Wuppertal. Zu den Aufgaben der Arbeitsagentur gehört die Unterstützung von Ausbildungs- und Arbeitssuchenden sowie die Vermittlung dieser an Unternehmen im gesamten Bergischen Städtedreieck. Seit dem drastischen Anstieg der Anzeigen von Kurzarbeit fokussiert sich die Arbeitsagentur vor allem auf die Bereitstellung der notwendigen Beratungs- und Bearbeitungskapazitäten für Unternehmen sowie die Stabilisierung des Ausbildungsmarktes.

WIFOP: Bis Ende April haben 5.233 Betriebe im Bergischen Städtedreieck konjunkturbedingte Kurzarbeit angemeldet. Die Anzahl der betroffenen Personen entspricht dabei rund 35 Prozent aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten.

Warum liegt dieser Wert über dem bundes- und landesweiten Durchschnitt? Lässt sich dies durch die Struktur der Wirtschaft im Bergischen Städtedreieck erklären?

Klebe: Ja, das ist richtig. Die Struktur der Wirtschaft im Bergischen Städte-

dreieck ist geprägt von kleinen und mittleren Unternehmen und zahlreichen Firmen der Metallbranche und Automobilzulieferer. Grundsätzlich lässt sich feststellen, dass Regionen mit einem hohen Anteil an produzierendem Gewerbe stärker betroffen sind.

Anders als in früheren Krisen sind dieses Mal alle Branchen betroffen, wobei manche Wirtschaftsbereiche vollständig stillstehen wie das Gaststätten- und Hotelgewerbe. Eine weitere Besonderheit ist, dass dieses Mal sehr viele kleine Betriebe Kurzarbeit angezeigt haben.

WIFOP: Die angemeldete Kurzarbeit entspricht nicht zwangsläufig der tatsächlich realisierten Kurzarbeit.

Mit welchem zeitlichen Verzug wird die tatsächlich realisierte Kurzarbeit veröffentlicht?

Rechnen Sie mit größeren Abweichungen zwischen angemeldeter und realisierter Kurzarbeit?

***Klebe:** Die Anzahl der konkret betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist endgültig sechs Monate, nachdem die Unternehmen die Anträge auf Auszahlung des Kurzarbeitergeldes gestellt haben, bestimmbar. Für die Einreichung der Anträge auf Auszahlung des Kurzarbeitergeldes haben die Betriebe drei Monate Zeit.*

Sicherlich wird nicht jede vorsorglich angemeldete Kurzarbeit realisiert werden. Es ist aber davon auszugehen, dass auf Grund des angeordneten Shutdowns die Abweichung nicht so groß sein wird. Diese Situation ist mit nichts vergleichbar, was wir bisher im Arbeitsmarkt und in der Wirtschaft erlebt haben.

WIFOP: In den letzten Tagen wurden die Maßnahmen zur Eindämmung des Covid-19 Virus schrittweise gelockert, wodurch Betriebe aus verschiedenen Bereichen ihre Tätigkeit zumindest teilweise wieder aufnehmen konnten.

Beobachten Sie in diesem Zusammenhang einen Rückgang der Anzeigen auf Kurzarbeit?

***Klebe:** Da bereits sehr viele Firmen Kurzarbeit angezeigt haben, sind nicht mehr so viele weitere Anzeigen auf Kurzarbeit zu erwarten. Das würde ich aber nicht als Rückgang der Anzeigen ausdrücken, sondern als deutlich verlangsamten weiteren Aufwuchs.*

WIFOP: Auch wenn die Arbeitslosenquote im Bergischen Städtedreieck im April mit 8,9% deutlich über dem Vorjahreswert lag, konnte durch die Inanspruchnahme von Kurzarbeit sicherlich ein noch stärkerer Anstieg verhindert werden. Die Zahl der gemeldeten Stellen ist hingegen dramatisch eingebrochen.

Inwieweit kann sich der Rückgang der offenen Stellen in den kommenden Monaten negativ auf den lokalen Arbeitsmarkt auswirken?

***Klebe:** Es ist von einem weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit auszugehen. Zum einen werden Entlassungen teilweise unvermeidbar sein. Unsere Analysen haben ergeben, dass ca. 21 Prozent des Anstiegs der Arbeitslosigkeit darauf zurückzuführen sind, dass weniger Stellen angeboten werden. Wir haben also einerseits die Zunahme der Entlassungen und die bereits arbeitslosen Menschen haben weniger Möglichkeiten, ihre Arbeitslosigkeit zu beenden.*

WIFOP: Der Ausbildungsmarkt zeigte sich zuletzt weitestgehend robust gegenüber der aktuellen Situation.

Das Verhältnis von offenen Ausbildungsstellen zu Bewerberinnen und Bewerbern liegt derzeit bei etwa 1:1.

Ist davon auszugehen, dass sich auch hier ein Rückgang von offenen Stellen ankündigt?

Wie schätzen Sie Chancen von Schulabsolventinnen und -absolventen im Bergischen Städtedreieck ein?

***Klebe:** Neben unserer derzeitigen Fokussierung auf das Thema „Kurzarbeit“ haben wir genau darauf unser Augenmerk gelegt und werden uns selbstverständlich um weitere Ausbildungsstellen bemühen. Es ist so wichtig, dass die Unternehmerinnen und Unternehmer trotz der schwierigen Situation nicht in ihren Bemühungen um Ausbildung nachlassen, dass sie an den bereits geschlossenen Ausbildungsverträgen festhalten oder weitere Ausbildungsstellen schaffen. Denn unabhängig von der Überwindung der Corona-Krise wird der Fachkräftebedarf bleiben! Wir rechnen damit, dass sich weitere Bewerberinnen und Bewerber nach Ablegen ihrer Abschlussprüfungen bei der Berufsberatung melden. Eine spürbare Zurückhaltung gibt es in Branchen, die von der Krise besonders hart getroffen wurden, so etwa im Hotel- und Gaststättenbereich.*

WIFOP: Die Bundesregierung hat ein umfassendes Paket zur Unterstützung von Menschen, die wegen der aktuellen Pandemie-Situation in eine

finanzielle Notlage geraten sind, verabschiedet.

Ist die Anzahl der Anträge auf Grundsicherung im Bergischen Städtedreieck seitdem gestiegen?

***Klebe:** Detaillierte Auskünfte können hier die Jobcenter geben, denn die Anträge auf Grundsicherung werden in den Jobcentern bearbeitet. Die Agentur für Arbeit könnte lediglich eine Aussage zum Jobcenter Remscheid, einer „gemeinsamen Einrichtung“ treffen, nicht aber für die kommunalen Jobcenter Solingen und Wuppertal.*

Es ist aber natürlich davon auszugehen, dass die Anträge auf Grundsicherung deutlich gestiegen sind, beziehungsweise steigen werden.

Bisher sind die Zugänge in Remscheid wie in Solingen noch eher etwas verhalten, während in Wuppertal eine stärkere Zunahme von Anträgen zu beobachten ist.

WIFOP: Die steigende Anzahl der Anträge auf Kurzarbeit und Grundsicherung stellen für die Arbeitsagentur sicherlich eine große Herausforderung dar, zumal auch in öffentlichen Einrichtungen ein Regelbetrieb derzeit kaum möglich ist.

Mit welchen personellen und organisatorischen Maßnahmen haben Sie auf die aktuelle Situation reagiert?

Klebe: Angesichts der sprunghaften Entwicklung bei den eingehenden Anzeigen zur Kurzarbeit haben wir halt unmittelbar reagiert und die Beratungs- und Bearbeitungskapazitäten deutlich erhöht. Mitte März haben wir sofort begonnen, Personal aus der Berufsberatung und der Arbeitsvermittlung in den für Kurzarbeitergeld (Kug) zuständigen Aufgabenbereich zu verlagern. Seitdem werden laufend weitere Kolleginnen und Kollegen geschult, um eine möglichst rasche Bearbeitung der Kug-Anträge sicherzustellen – andere Aufgaben müssen demgegenüber aktuell zurückstehen.

Für viele Unternehmen ist die aktuelle Krise der erstmalige Anlass, sich mit der Beantragung von Kurzarbeitergeld zu befassen. Dies wirft naturgemäß viele Fragen auf. Die Agentur hat deshalb nicht nur viele Partner in die Beratung von Kurzarbeitergeld eingewiesen, sondern auch ihr On-

lineangebot laufend aktualisiert und erweitert. Viele Fragen lassen sich bereits auf diesem Wege beantworten.

Hierüber hinaus unterstützen wir rund um die Uhr mit unserer Hotline für Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber. Aber auch die Betriebe können uns helfen, indem sie ihre Anträge möglichst sorgfältig und vollständig ausfüllen. Dies ermöglicht es, die beantragten Leistungen rasch und unbürokratisch zu überweisen.

Wir wissen aus vielen Gesprächen mit Unternehmerinnen und Unternehmern, wie wichtig die rasche Bearbeitung des Kurzarbeitergeldes ist. Um trotz der weiter steigenden Antragszahlen diesem Anspruch gerecht zu werden, wurden bereits jetzt in erheblichem Umfang Überstunden geleistet. An Samstagen wurde und wird ebenso wie an den zurückliegenden Feiertagen rund um die Uhr gearbeitet.

IMPRESSUM

Herausgeber

Bergische Universität Wuppertal
Wuppertaler Institut für Unternehmensforschung
und Organisationspsychologie
Tel: +49 (0)202 439-2905
Fax: +49 (0)202 439-3168
info@regionales-konjunkturbarometer.de
<https://regionales-konjunkturbarometer.de>

Verantwortlich für den Inhalt & Redaktion

Prof. Dr. André Betzer
Jun.-Prof. Dr. Markus Doumet

Autoren

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung:
Jun.-Prof. Dr. Markus Doumet, Sylvie Doumet und Simon Funken
Regionales Konjunkturbarometer:
Jun.-Prof. Dr. Markus Doumet und Simon Funken
Gastbeitrag Corona-Schocks in konjunktureller Perspektive
Prof. Dr. Paul J.J. Welfens
Gastbeitrag Homeoffice
Prof. Dr. Rainer Wieland

Redaktionsschluss: 25.05.2020

Gestaltung

gt.artwork, Gitta Tietze, Viersen

Lektorat

Dr. Bernhard Labonde, Köln

Druck

Offsetdruckerei Figge GmbH, Wuppertal

Bildnachweise

Titel: colourbox.de, S. 2: Philipp Buron, S. 4: iuneWind – stock.adobe.com, S. 15: Stockfotos-MG – stock.adobe.com, S. 23: ty – stock.adobe.com, S. 30: sarayut_sy – stock.adobe.com, S. 37: Wellnhofer Designs – stock.adobe.com, S. 43: Axel Bueckert – stock.adobe.com, S. 48: momius – stock.adobe.com

